

Die nationalsozialistische
Machtergreifung

Ermächtigungsgesetz im Reich und in
Bayern

Verfolgung und Widerstand

Ende der Arbeiterbewegung

Die Sopade

Sozialdemokratischer Widerstand in
Nürnberg und Nordbayern

Sozialdemokratischer Widerstand in
München und Augsburg

Waldemar von Knoeringen und die
„Revolutionären Sozialisten“

Hat die Arbeiterbewegung das
„Tausendjährige Reich“ überlebt?

Rückkehr und Wiederaufbau

Neubeginn 1946 – Bayerische
SPD-Abgeordnete der ersten Stunde

Gesamtüberblick Bayerischer Landtag
1928–1958

1933
Widerstand
1946

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordneter
Haupter.

Haupter (Soz.-Dem.): Meine Frauen
63
be ich folgende Erklärung abzugeben:

dem Willen des Herrn Reichspräsidenten
Deutschlands in die Hände der gegenwärtigen
Regierung gelegt hat, ist das Deutsche Reich
worden. Die deutschen Länder besitzen

Sitzung vom 29. April 1933.

Landes Bayern in einen neuen
ird der Bayerische Landtag auch
zu erfüllen haben. Der Volk
gesetzgebungsrecht, das Recht der
ts und das Petitionsrecht. N
und die Pflicht, der Land
staatlichen Lebens, beson
gen, beratend zur Sei
ß eine Regierung, die
den fühlt, auf die D
gewählten Vertraue

Die nationalsozialistische Machtergreifung

Bayern – ein Bollwerk gegen die „braune Flut“?

Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt. Dieses Datum markiert die so genannte Machtergreifung der Nationalsozialisten. Weil die Minister der Deutschnationalen Volkspartei in Hitlers Koalitionskabinett anfangs deutlich in der Überzahl waren und den Demagogen „einzurahmen“ und zu „disziplinieren“ schienen, kam es nicht zuletzt auf sozialdemokratischer Seite zu einer erheblichen Fehleinschätzung des neuen Regimes. Auch und besonders in Bayern wurde die Gefahr verkannt, erweckte hier doch die weiterhin bestehende Regierung der Bayerischen Volkspartei unter Heinrich Held den Eindruck, ein Bollwerk gegen die „braune Flut“ zu bilden. Die allgemeine Erwartung war, dass sich Bayern gegen den Nationalsozialismus wehren könne, und sei es um den Preis einer Rückkehr zur Wittelsbacher Monarchie: Mit dieser Variante spekulierten in den Wochen nach dem 30. Januar durchaus auch Teile der bayerischen SPD. Da Bayern zunächst also noch „sicher“ schien, kamen ab Mitte Februar 1933 mehrere Parteivorstandsmitglieder und andere führende Sozialdemokraten, unter ihnen Otto Wels, Hans Vogel, Rudolf Breitscheid und Julius Leber, aus Berlin nach München. Hier bildete sich eine Art bayerischer Ableger des Gesamtparteivorstands, dem Erhard Auer in den Räumen der „Münchener Post“ sogar eigene Räume zur Verfügung stellte.

In München entsteht ein „Ableger“ des Gesamtparteivorstands

Zumindest in Absichtserklärungen bereiteten sich die Führungen von bayerischer SPD und SPD-Landtagsfraktion (weitgehend in Personalunion) auf den „Ernstfall“ vor, auch gab es zahlreiche Versuche, das Reichsbanner militärisch einsatzbereit zu machen. Oberstes Gebot war aber immer der Grundsatz strik-

Oberstes Gebot war legales Verhalten

ter Legalität. Es galt, dem Gegner keinen „Vorwand“ zu liefern. Maßgeblich für diese Haltung waren vor allem die Erinnerungen an die „heroische Zeit“ des Sozialistengesetzes 1878–1890.

Nur zu rasch stellte sich allerdings heraus, dass das neue Regime gar nicht auf irgendwelche weiteren „Vorwände“ wartete: Nachdem in der Nacht von Rosenmontag auf Faschingsdienstag (27./28. Februar 1933) der Reichstag in Flammen aufgegangen war, nutzten die Nationalsozialisten diese Brandstiftung – mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Protestaktion des Einzeltäters Marinus van der Lubbe – zur raschen Durchsetzung ihrer Machtansprüche. Bereits am 28. Februar erließ Reichspräsident von Hindenburg die Notverordnung „Zum Schutz von Volk und Staat“, die so genannte Reichstagsbrandverordnung. Sie setzte die von der Weimarer Verfassung garantierten Grundrechte wie Freiheit der Person, Meinungs-, Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit außer Kraft und ermächtigte die Reichsregierung, die „Befugnisse der obersten Landesbehörden“ (also der Länderregierungen) vorübergehend selbst wahrzunehmen.

Für den 5. März 1933 hatte die Regierung Hitler erneute Reichstagswahlen angesetzt. Bei diesen Wahlen erreichte die NSDAP keineswegs die erhoffte absolute Mehrheit und die SPD legte in Bayern – anders übrigens als im Reich – gegenüber den Reichstagswahlen von 1932 sogar deutlich zu. Dennoch rief der Wahlausgang auch bei der bayerischen SPD allgemeine Enttäuschung hervor. Die Hoffnung war gewesen, dem nationalsozialistischen Spuk mittels Wahlurne

ein schnelles Ende machen zu können; der „Regierung der großkapitalistisch-großagrarisches Reaktion“, als solche wurde die Koalition Hitler-Papen-Hugenberg verstanden, wurden keine längerfristigen Überlebenschancen eingeräumt. Dementsprechend hatte noch eine Woche vor der Wahl die Schlagzeile sozialdemokratischer Zeitungen in Bayern „Nach Hitler kommen wir!“ gelautet.

Nur vier Tage nach der Wahl schlug das Regime jedoch auch in der bislang scheinbar noch sicheren „Ordnungszelle Bayern“ zu: Am 9. März 1933 stürmte die SA das Münchner Gewerkschaftshaus in der Pestalozzistraße und das Parteihaus am Altheimer Eck, in dem sich Redaktion und Druckerei der „Münchener Post“ und die Parteileitung befanden. Auch in Nürnberg und Fürth besetzte und demolierte die SA am 9. März und in den folgenden Tagen Parteiräume, Gewerkschaftshäuser und -büros sowie das Gebäude der „Fränkischen Tagespost“. Ähnliches geschah in Augsburg und weiteren Städten. In der Nacht vom 10. auf den 11. März ergingen die Anweisungen zur Auflösung von Reichsbanner, Eiserner Front und Sozialistischer Arbeiterjugend (SAJ) sowie zur Verhaftung „sämtlicher kommunistischer Funktionäre und Reichs-

bannerführer“. Am 29. März verbot der neue bayerische Innenminister Adolf Wagner jede Betätigung „von Organisationen, deren eigentlicher Zweck die Wahrnehmung und Förderung der beruflichen, gesundheitlichen, gesellschaftlichen, turnerischen, sportlichen und bildungsmäßigen Interessen ihrer Mitglieder ist“ – sofern diese und insbesondere ihre leitenden Kräfte der „marxistischen Weltanschauung“ nahe stünden. Zu den hiervon betroffenen Organisationen, in einer Anlage zum Erlass eigens aufgelistet, zählten nahezu alle überwiegend sozialdemokratischen Arbeitervereine wie Arbeiter-Samariter-Bund und Arbeiter-Turn- und Sport-Bund.

März 1933:
Zwangsauflösung von
Reichsbanner, Eiserner
Front und SAJ
(Sozialistische
Arbeiterjugend)



Gewalt gegen die Arbeiterbewegung: Am 9. März 1933 wurde das Gewerkschaftshaus in der Pestalozzistraße in München von den Nationalsozialisten besetzt.

Das Ermächtigungsgesetz im Reich und in Bayern

Nur die SPD-Abgeordneten stimmen gegen das Ermächtigungsgesetz

Auf der ersten „regulären“ Sitzung des neu gewählten Reichstages am 23. März 1933 fehlten aufgrund der brachialen Verfolgungspraktiken nach dem Reichstagsbrand alle 81 kommunistischen und auch 26 sozialdemokratische Abgeordnete; sie waren „in Schutzhaft“ oder „geflohen“. Hitler legte ein „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ vor, das der neuen Reichsregierung diktatorische Vollmachten einräumte. Der Reichstag verabschiedete dieses so genannte Ermächtigungsgesetz mit mehr als der erforderlichen Zweidrittelmehrheit – auch das Zentrum stimmte zu. Nur die 94 anwesenden sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten votierten geschlossen dagegen. Wie schrieb Wilhelm Hoegner in seiner Autobiografie „Der schwierige Außenseiter“: „Damit schloß die Sitzung eines Reichstags, der aus Furcht vor dem Tode Selbstmord beging.“



Michael Poeschke (1901–1959), Redakteur aus Erlangen; Ortsvereinsvorsitzender Erlangen, Stadtratsmitglied, 1933 MdL Bayern; ab 1933 mehrfach Schutzhaft, ab 1939 Kriegsdienst, ab 1946 Oberbürgermeister von Erlangen.

Das Regime nutzte seine neue Machtfülle schnell: Bereits eine Woche später wurde ein „Vorläufiges Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ erlassen, das die Landtage der deutschen Länder und die gewählten kommunalen Vertretungen auflöste und bestimmte, diese seien nach dem Ergebnis der Reichstagswahlen vom 5. März neu zusammzusetzen.

Der auf diese Weise neu gebildete Bayerische Landtag trat am 29. April 1933 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Sie war als „große nationalsozialistische Siegesfeier“ organisiert – zu diesem Zweck wurden auch die nach dem 9. März in Schutzhaft genommenen sozialdemokratischen Abgeordneten zur Sitzungsteilnahme auf freien Fuß gesetzt. Wilhelm

Hoegner, bis dahin durch Glück und Geschick einer Verhaftung entgangen, beschreibt in seinen Erinnerungen eine gespenstische Szene:

„In der Fraktionssitzung, die vor der Eröffnung des Landtags stattfand, bekamen wir zum ersten Mal ein anschauliches Bild, wie es in den Konzentrationslagern des Dritten Reiches zuging. Der sozialdemokratische Abgeordnete Poeschke aus Erlangen, der eben aus Dachau entlassen worden war, humpelte mühsam, zerbeult und zerschlagen, ins Zimmer. Wir zogen ihm das blutige Hemd vom Leib. Vom Nacken bis zu den Oberschenkeln und Ellenbogen war die ganze Haut blauschwarz gefärbt, an vielen Stellen geplatzt, das rohe Fleisch mit Blutgerinnsel verklebt. Der Mann war völlig verstört, er zitterte an allen Gliedern und weinte immer wieder während seiner Erzählung: Man hatte ihn schon im März in Schutzhaft genommen, aber erst vor zwei Tagen noch nach Dachau gebracht, als bereits der Befehl, Abgeordnete freizulassen, veröffentlicht worden war. [...] ... der Gefangene [wurde] in einen abgelegenen Raum des Lagers geführt. Dort warteten bereits SS-Kerle, die lange, derbe Stecken in der Hand hatten. [...] Man riß den Opfern die Hosen und Hemden herunter. Ein Gefangener nach dem anderen wurde auf den Boden gelegt und vor den Augen seiner Leidensgefährten ausgepeitscht. Je mehr einer schrie, je wilder sich sein zuckender Leib aufbäumte, um so wütender schlugen die Henkersknechte zu. [...] Am folgenden Tag wurde Poeschke freigelassen. Lagerkameraden mußten ihn unter die Arme nehmen und stundenlang mit ihm auf und ab gehen, bis er sich frei bewegen konnte. [...] Der Zustand Poeschkes war so bedenk-

Bayrischer Landtag. — 2. Sitzung vom 29. April 1933.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete
 wir halten deshalb ein Ermächtigungsgesetz für überflüssig und können ihm auch aus unserer grundsätzlichen Einstellung heraus nicht zustimmen.

Die bayerische Sozialdemokratie ist seit März 1920 in keiner bayerischen Regierung mehr vertreten gewesen.

Was seitdem in Bayern geschehen ist, das ist zumeist ohne und vielfach gegen unseren Willen geschehen.

Wir sind auch stolz darauf, daß wir, obwohl wir nicht in der Staatsregierung vertreten waren, verantwortungsbewußt und selbstlos an der Erfüllung vieler wichtiger Staatsaufgaben mitgearbeitet haben.

gelegt haben, die leider nicht immer angenommen worden sind.

Bayern ist seit uralten Zeiten ein demokratisches Land. Nirgends wird die Unterdrückung der persönlichen Freiheit und der freien Meinung in Wort und Schrift vom Volke bitterer empfunden wie bei uns.

Wir halten die Wiederherstellung der staatsbürgerlichen Freiheiten für eine absolute Notwendigkeit. Unsere Partei hat 70 Jahre lang für die wirtschaftliche und kulturelle Hebung des Arbeiterstandes und für die auch in der Regierungserklärung geforderte Eingliederung des Arbeiters in die Volksgemeinschaft gekämpft.

Eine Partei mit dieser Vergangenheit kann man mit Zwangsgewalt vorübergehend unterdrücken, man darf aber von ihren überzeugten Anhängern nicht erwarten, daß sie feige ihre Fahne verraten.

Untergänglich sind allein die großen Ideen, die sich die Menschheit in jahrtausendealten Erfahrungen geschaffen hat, in denen sie die Bürgen für den Kulturfortschritt der Völker erblickt. Zu diesen Ideen gehören staatsbürgerliche Freiheit und gleichmäßige Gerechtigkeit. Kein Volk, am wenigsten das deutsche, kann sich von diesen Leitsternen losagen, ohne schwersten Schaden zu nehmen.

Auszüge aus der historischen Rede von Albert Roßhaupter gegen das Ermächtigungsgesetz in Bayern

lich, daß wir uns entschlossen, ihn sofort in ein Krankenhaus zu überführen.“

Auf dieser konstituierenden Sitzung des Landtags sollte auch in Bayern ein Ermächtigungsgesetz für Hitler beschlossen werden. Und der Vorgang vom 23. März im Reichstag wiederholte sich: Die Kom-

munisten waren ausgeschaltet, alle übrigen im Landtag vertretenen Parteien einschließlich der Bayerischen Volkspartei stimmten dem Gesetzentwurf zu – allein die sozialdemokratische Fraktion lehnte das Gesetz ab und begründete dies in einer von dem SPD-Altparlamentarier Albert Roßhaupter verlesenen Erklärung.



Albert Roßhaupter (1878–1949), Eisenbahner aus München, Gewerkschaftsfunktionär, Redakteur; 1907–1933 MdL Bayern, 1918 Mitglied des provisorischen Bayerischen Nationalrates und Minister für militärische Angelegenheiten, 1933 Fraktionsvorsitzender; 1933 Gefängnishaft, anschließend bis 1934 und erneut ab August 1944 Konzentrationslager Dachau; 1945–1947 Minister für Arbeit und soziale Fürsorge, 1946 Mitglied der Verfassungsgebenden Landesversammlung, 1948 Mitglied Parlamentarischer Rat.

Verfolgung und Widerstand

Dem im April 1933 neu gebildeten Bayerischen Landtag gehörten nur noch 17 sozialdemokratische Abgeordnete aus Altbayern und der bayerischen Pfalz an. Es waren dies (in alphabetischer Reihenfolge): Lina Ammon (Arbeiterin aus Nürnberg), Erhard Auer (Redakteur in München), Alfons Bayerer (Parteisekretär aus Regensburg), Franz Bögler (Angestellter aus Ludwigshafen), Josef Dennstädt (Schlosser aus Bamberg), Georg Dewald (Tapezierer aus Aschaffenburg), Konrad Eberhard (Stadtrat aus Fürth), Fritz Endres (Geschäftsführer aus München), Hans Gentner (Landwirt aus Pegnitz), Karl Giermann (Parteisekretär aus Nürnberg), Clemens Högg (Parteisekretär aus Augsburg), Josef Laumer (Arbeiter aus Straubing), Adolf Ludwig (Angestellter aus Pirmasens), Michael Poeschke (Redakteur aus Erlangen), Christian Roith (Schlosser aus München), Albert Roßhaupter (Redakteur aus Olching) und Josef Strobl (Steuersekretär aus Ingolstadt). Zwölf von ihnen hatten schon dem letzten regulär gewählten Landtag von 1932 mit insgesamt 20 sozialdemokratischen Abgeordneten angehört, lediglich Bögler, Dennstädt, Poeschke, Roith und Strobl waren neu hinzugestoßen. Ausgeschieden waren die Abgeordneten Friedrich Ackermann (Zweiter Bürgermeister aus Augsburg), Karl Fischer (Geschäftsführer aus Ludwigshafen), Georg Hagen (Oberlehrer aus Kulmbach), Erhard Kupfer (Bezirkssekretär aus Nürnberg), Jakob Leonhardt (Geschäftsführer aus Kaiserslautern), Hans Seidel (Geschäftsführer aus Hof), Josef Seifried (Geschäftsführer aus München) und Johannes Timm (Arbeitersekretär aus München).

Anhand dieser kleinen Zusammenstellung von 25 Personen ergibt sich ein wohl nicht untypisches Querschnittsbild für Rolle und Schicksal bayerischer

Sozialdemokraten in der Zeit des NS-Regimes: 13 von diesen 25 Abgeordneten wurden massiv verfolgt, waren zum Teil mehrfach in Haft und im Konzentrationslager. Fünf Parlamentarier (nämlich Bayerer, Bögler, Dennstädt, Laumer und Roith) waren während der Anfangsjahre des NS-Regimes innerhalb des sozialdemokratischen Widerstands aktiv, zwei von ihnen (Bögler und Dennstädt) flohen aufgrund drohender Verhaftung ins Exil, kehrten aber nach 1945 so bald wie möglich wieder zurück. Für 11 der oben Genannten liegen keine näheren Angaben vor – dies schließt freilich eine Beteiligung am Widerstand bzw. Verfolgungstatbestände keineswegs aus. Sechs Abgeordnete schließlich (Gentner, Hagen, Laumer, Roith, Roßhaupter und Seifried) gehörten 1946 der Bayerischen Verfassungsgebenden Landesversammlung bzw. dem ersten Bayerischen Landtag an und bekleideten zum Teil sogar Ministerämter. Zu den „typischen bayerischen Sozialdemokraten“ jener Zeit gehören vor allem noch Rosa Aschenbrenner und Wilhelm Hoegner, beide Landtagsabgeordnete bis 1932, sowie Matthäus Herrmann.

Rosa Aschenbrenner (1875–1967), Hausgehilfin aus München; 1909 SPD, 1917 USPD, 1920 KPD, 1929 KPO, 1932 Rückkehr zur SPD, 1919–1920 und 1924–1932 MdL Bayern; 1933 und 1937 mehrmonatige Haft; 1945 maßgeblich an der Wiedergründung der Münchner SPD beteiligt, MdVerfgLV, 1946–1948 MdL, 1948–1956 Stadträtin in München.



Das Ende der Arbeiterbewegung

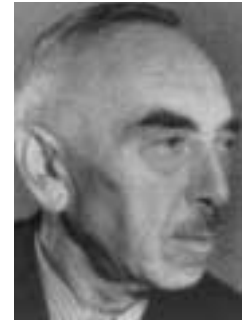
Am 2. Mai 1933 erfolgte die reichsweite Auflösung der Freien Gewerkschaften – trotz des Versuchs der Gewerkschaftsführung, durch Anpassung und Eingliederung in die „nationale Einheitsfront“ ihren organisatorischen Bestand auch unter dem NS-Regime zu wahren. Das Parteivermögen der SPD, soweit nicht ins Ausland gerettet, wurde am 10. Mai beschlagnahmt, am 22. Juni erklärten die neuen Machthaber sämtliche sozialdemokratischen Mandate auf allen parlamentarischen Ebenen für ungültig und untersagten der SPD jegliche Betätigung. Am 28. Juni ordnete die Polizei für die Morgenstunden des 30. Juni 1933 an, sämtliche sozialdemokratischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten, alle Kreistags- und Bezirkstagsvertreter und alle Stadträte sowie alle die SPD-Funktionäre, die in der Partei oder im Reichsbanner eine führende Stellung innehatten, in Schutzhaft zu nehmen. Das Regime holte zum letzten Schlag gegen die SPD und das gesamte Weimarer Parteiensystem aus; in den folgenden Wochen wurden die noch bestehenden Reste des Vereinswesens aus dem Umkreis der Arbeiterbewegung endgültig aufgelöst und ihr Vermögen konfisziert.

Der Prozess der nationalsozialistischen Machtergreifung, angefangen von der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler bis zum Verbot bzw. der Selbstauflösung und -gleichschaltung der Parteien Ende Juni/Anfang Juli 1933, vollzog sich zum einen in bewusst und gezielt herbeigeführten Einzelschritten, zum anderen über zufällig eingetretene, von der NS-Führung jedoch entschlossen genutzte Gelegenheiten wie den Reichstagsbrand. Dennoch lohnt sich ein Blick auf einzelne Stufen dieser Entwicklung, die für die Sozialdemokratie mit dem Verbot der Partei am

22. Juni 1933 endete. Den Geschehnissen entsprach nämlich auf sozialdemokratischer Seite in jeweiliger Wechselwirkung ein Prozess der zunehmenden Auflösung und des organisatorischen Zerfalls. Charakteristisch für die pseudolegale Vorgehensweise der NS-Führung scheint der Umstand, dass sich die Repressionsmaßnahmen der neuen Machthaber gegenüber der Sozialdemokratie nach den Presse- und Versammlungsverboten des Wahlkampfs vor dem 5. März 1933 zunächst nicht gegen die SPD als solche, sondern gegen ihr Umfeld richteten, also gegen das Reichsbanner und das Arbeitervereinswesen. Neben



Der „Völkische Beobachter“ vom 24. Juni 1933: „Wohlverdientes Ende der marxistischen Landesverratspartei“



Matthias Herrmann (1879–1959), Eisenbahner aus Warmensteinach/Oberfranken; langjähriges Mitglied und Redakteur im Hauptvorstand des Deutschen Eisenbahnerverbands, 1919–1928 MdL Bayern; 1933 mehrmonatige Haft im Konzentrationslager Dachau; während des Weltkrieges enge Kontakte zu Wilhelm Leuschner, von Carl Goerdeler nach einem Sturz Hitlers als Verkehrsminister vorgesehen, August 1944 bis Kriegsende Gefängnis und Konzentrationslager; 1946–1950 MdL, 1949–1953 MdB.



Antonie „Toni“ Pfülf (1877–1933), Lehrerin aus München; 1919–1933 MdR, exponierte Frauen- und Schulpolitikerin sowie engagierte Gegnerin des Nationalsozialismus, Vertreterin des linken Flügels der SPD; Juni 1933 Freitod.

dem Bemühen, nach außen den Anschein eines demokratischen Charakters der nationalsozialistischen Machtübernahme zu wahren, standen dahinter vermutlich die für den Nationalsozialismus typische Überschätzung (pseudo)militärischer Organisation und die instinktive Erkenntnis, dass der eigentliche Zusammenhalt der Arbeiterbewegung weniger in ihren politischen Parteien als vielmehr in ihren Selbstschutz-, Freizeit-, Bildungs-, Sport-, Jugend- und Selbsthilfeorganisationen begründet lag.

Auf einige besonders bemerkenswerte Schicksale sei hier eigens eingegangen:

Antonie „Toni“ Pfülf trat nach Absolvierung ihrer Ausbildung zur Lehrerin an einer Münchner Lehrerbildungsanstalt (Frauen waren im Deutschen Reich noch nicht zum Universitätsstudium zugelassen) 1902 der SPD bei. Zeit ihres Lebens setzte sie sich kämpferisch für die Gleichberechtigung der Frauen ein und war 1919 in der Deutschen Nationalversammlung die einzige Sozialdemokratin aus Bayern. Anschließend vertrat sie bis 1933 die Wahlkreise Oberbayern-Schwaben bzw. Niederbayern-Oberpfalz im Reichstag. Schon frühzeitig machte sich Toni Pfülf als engagierte Gegnerin des Nationalsozialismus einen Namen. Bei der Reichstagssitzung am 17. Mai 1933, in der die sozialdemokratische Rumpf-Reichstagsfraktion in der Illusion, durch ein Arrangement mit dem neuen Regime ihr Überleben erreichen zu können, der „Friedensrede“ Hitlers im Reichstag zustimmte, gehörte sie zu den 17 sozialdemokratischen Abgeordneten, die eine solche Zustimmung verweigerten. Völlig verzweifelt über den Weg und das Schicksal der deutschen Sozialdemokratie schied Toni Pfülf am 8.

Juni 1933 in ihrer Münchner Wohnung in der Kaulbachstraße aus dem Leben. Die Veröffentlichung der von ihr selbst verfassten Todesanzeige mit dem Satz „Sie ging mit dem sicheren Wissen von dem Sieg der großen Sache des Proletariats, der sie dienen durfte“ wurde untersagt, nur Name und Sterbedatum durften veröffentlicht werden.



Die Todesanzeige von Toni Pfülf

Der Münchner Landgerichtsrat und Landtags- und Reichstagsabgeordnete Wilhelm Hoegner hatte sich wie erwähnt im ersten Halbjahr 1933 nur mit Glück und viel Geschick der angeordneten Verhaftung entziehen können. Mitte Juli 1933, nach dem endgültigen Verbot der deutschen Sozialdemokratie, floh er zu Fuß über die „grüne Grenze“ im Karwendelgebirge nach Österreich, im Februar 1934 in die Schweiz. Bis 1945 lebte er in Zürich mehr schlecht als recht vor allem von schriftstellerischer Tätigkeit. Hoegner stand mit der Sopade (siehe unten) und zahlreichen sozialdemokratischen Emigranten in reger brieflicher Verbindung und beschäftigte sich ab 1939 – zusammen mit anderen Emigranten und in klarer Voraus-

Wilhelm Hoegner (1887–1980), Jurist aus München; 1919 SPD, 1924–1932 MdL Bayern, Mitberichterstatter des Untersuchungsausschusses zu den Hintergründen des Hitlerputsches 1923, 1930–1933 MdR, exponierte sich frühzeitig als NS-Gegner; ab 9. März 1933 zur Fahndung ausgeschrieben, Juli 1933 Flucht nach Österreich, Februar 1934 in die Schweiz; Kritiker der Sopade und der sozialdemokratischen Politik vor 1933, Forderung nach Gewinnung bürgerlicher Wählerschichten für eine künftige soziale Demokratie, ab 1939 Planungen für eine demokratische Nachkriegsordnung und die Errichtung eines bayerischen Staats im Rahmen eines föderalistischen Systems; Juni 1945 Rückkehr nach München, 28. September 1945 Ernennung zum Bayerischen Ministerpräsidenten; führend an der Formulierung der neuen Bayerischen Verfassung beteiligt, 1946–1970 MdL, 1946–1947 stellv. Ministerpräsident und Justizminister, 1950–1954 stellv. Ministerpräsident und Innenminister, 1954–1957 Ministerpräsident der Viererkoalition, 1962–1970 Vizepräsident des Landtags.



sicht der irgendwann eintretenden militärischen Niederlage Hitlerdeutschlands – intensiv mit Planungen für eine deutsche Nachkriegsordnung. Anfang Juni 1945 kehrte der überzeugte Föderalist mit US-amerikanischer Hilfe nach München zurück und wurde Ende September 1945 von den Amerikanern zum Bayerischen Ministerpräsidenten ernannt. 1946 wurde Wilhelm Hoegner zum „Vater der Bayerischen Verfassung“.

Hervorgehoben seien an dieser Stelle auch der große alte Mann der Nürnberger Sozialdemokratie, Ernst Schnepfenhorst, Otto Geiselhart, Fritz Sauber, Franz Bögler, Matthäus Schneider sowie der langjährige bayerische Reichstagsabgeordnete Hans Unterleitner. Der Schwiegersohn von Kurt Eisner und langjährige Münchner Parteisekretär konnte erst nach zweijähriger Haft im Konzentrationslager Dachau mit Unterstützung Wilhelm Hoegners 1936 in die Schweiz fliehen und emigrierte anschließend in die USA. Als Bayerischer Ministerpräsident versuchte

Hoegner, Unterleitner als Ministerkandidaten zurückzuholen, dieses Vorhaben scheiterte jedoch an bürokratischen Schwierigkeiten.



Ernst Schnepfenhorst (1881–1945), Handwerker aus Nürnberg, SPD- und Gewerkschaftsfunktionär, 1912–1920 MdL Bayern, 1919–1920 Minister für militärische Angelegenheiten, 1932 Vorsitzender der Eisernen Front, 1932–1933 MdR; nach der NS-Machtübernahme in Berlin in der Firma von Wilhelm Leuschner tätig, September 1939 und ab August 1944 in Haft, Ende April 1945 von der SS ermordet.

NATIONALSOZIALISMUS, ZWEITER WELTKRIEG, NEUBEGINN



Franz Böglér (1902–1976), Angestellter aus Speyer; 1921 SPD, 1929–1933 Bezirkssekretär Pfalz, 1933 MdL Bayern; 1933 Schutzhaft, anschließend Flucht ins Saarland, ab 1934 Sopade-Grenzsekretär in der Tschechoslowakei für Schlesien, ab 1935 mit Waldemar von Knoeringen führendes Mitglied der Organisation „Neu Beginnen“, 1938 Flucht nach Frankreich, Haft und Internierung, 1942 Flucht in die Schweiz, erneute Internierung, 1943 Mitgründer der Union deutscher Sozialisten in der Schweiz; 1946 auf Initiative Wilhelm Hoegners Rückkehrerlaubnis, 1946–1961 SPD-Vorsitzender Pfalz, 1947–1963 MdL Rheinland-Pfalz, 1946–1958 Mitglied SPD-Parteivorstand.



Matthäus Schneider (1877–1944), Brauereiarbeiter aus Kulmbach; 1900 SPD, 1911–1933 maßgeblicher Gewerkschaftsführer in Kulmbach, 1919–1920 MdL Bayern, bis 1933 Stadtrat in Kulmbach; 1933 Schutzhaft, August 1944 erneute Verhaftung, Konzentrationslager Dachau, dort Tod September 1944.



Fritz Sauber (1884–1949), Gastwirtsgehilfe aus Schwabach; 1907 SPD, 1911 Geschäftsführer des Gastwirtsgehilfen-Verbands in Nürnberg, Soldat im Ersten Weltkrieg, 1917 USPD, 1920 SPD, 1920–1924 MdL Bayern; 1933 Flucht ins Saarland, 1935 nach Frankreich, 1940 interniert, anschließend im Süden Frankreichs in der Illegalität, Verhaftung, Auslieferung an die Gestapo, wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ bis Kriegsende Zuchthaushaft.



Otto Geiselhart (1890–1933), Käser aus Günzburg; 1919–1920 MdL Bayern, 1919–1933 Stadtrat in Burgau und Günzburg, 1929–1930 MdR; März 1933 Verhaftung, nach wenigen Tagen angeblich Selbstmord in der Zelle.

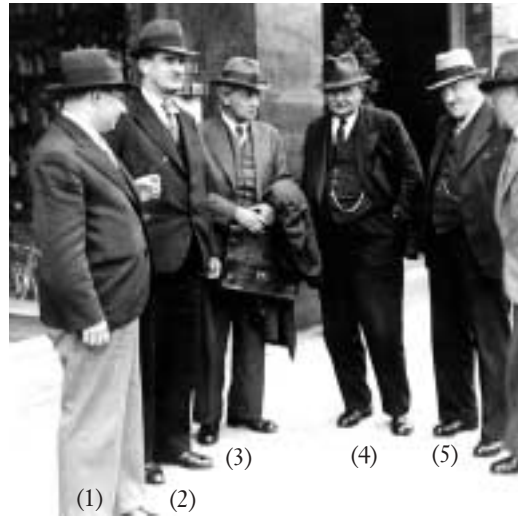


Hans Unterleitner (1890–1971), Metallarbeiter aus München; SPD, 1917 USPD, 1918–1919 bayerischer Minister für soziale Fürsorge und MdL, 1920 SPD, 1920–1933 MdR; Juni 1933 Konzentrationslager Dachau, 1936 nach Haftentlassung Flucht in die Schweiz, 1939 Emigration USA, Vorstandsmitglied des German-American Council for the Liberation of Germany from Nazism.

Die Sopade

Unmittelbar nach der Ausschaltung der Gewerkschaften am 2. Mai 1933 beschloss der im April neu gebildete Parteivorstand der SPD, insgesamt 6 seiner 20 Mitglieder ins Ausland zu entsenden. Die Mitglieder dieser neu zu gründenden Auslandszentrale, der Sopade (**S**ozialdemokratische **P**artei **D**eutschlands), waren die beiden Parteivorsitzenden Otto Wels (3) und Hans Vogel (2), Reichsschatzmeister Siegfried Crummenerl (5), der Chefredakteur des „Vorwärts“ Friedrich Stampfer (4), der SAJ-Vorsitzende Erich Ollenhauer (1) sowie als Vertreter des linken Parteiflügels Paul Hertz. Als finanzielle Grundlage für den Aufbau der Sopade dienten ein bis zwei Millionen Reichsmark, die schon kurz nach dem Reichstagsbrand ins Ausland transferiert worden waren. Die Sopade richtete Ende Mai 1933 ihren Sitz in Prag ein und begann alsbald mit der Herstellung illegaler Literatur, sprich Tarnbroschüren, Flug- und Klebezettel sowie Zeitungen, deren bedeutendste sicher der „Neue Vorwärts“ war.

Der „Schmuggel“ dieser illegalen Literatur ins Deutsche Reich lief über die so genannten Grenzsekretariate, die die Sopade ab Sommer 1933 in den Ländern rings um das Deutsche Reich einrichtete. Als Grenzsekretäre wirkten meistens ehemalige Funktionäre, die aus den Gebieten stammten, für die sie regional zuständig waren, und die daher über entsprechende Kenntnisse des Gebiets und seiner Verhältnisse sowie über persönliche Bekanntschaften und Verbindungen verfügten. Diese Grenzsekretäre transportierten illegale Literatur nach Deutschland, unterstützten lokale Widerstandsgruppen und stellten Kontakte her; des Weiteren bestand ihre Aufgabe darin, möglichst detaillierte Informationen zu sammeln.



Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Exil, Sopade



Hans Vogel
(1881–1945), Bildhauer aus Fürth; 1908–1927 Sekretär SPD-Bezirk Franken, 1912–1918 MdL Bayern, nach Kriegsdienst Mitglied der Deutschen Nationalversammlung, 1920–1933 MdR, ab 1927 Parteivorstandsmitglied, ab 1931 stellvertretender Parteivorsitzender; Mai 1933 Delegation ins Ausland, Mitglied Sopade, 1938 nach Paris, ab 1939 Vorsitzender Sopade, nach Internierung 1940 Flucht nach London, ab 1941 Vorsitzender der Londoner Union der deutschen sozialistischen Organisationen in Großbritannien, maßgeblich an der Programmarbeit für die Nachkriegsplanung beteiligt; 1945 noch vor geplanter Rückkehr Tod nach Krankheit.



„Neuer Vorwärts“ Nr. 1

NATIONALSOZIALISMUS, ZWEITER WELTKRIEG, NEUBEGINN



trah, wenn man auch nur dem Aussehen nach als ein Gentleman angesehen werden will. Sie werden in der englischen Rasierindustrie häufig Hinweis auf die Kunst des Selbstrasierens finden.

Kampf und Ziel des revolutionären Sozialismus. Die Politik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Ein Jahr lang führt die nationalsozialistische Diktatur über Deutschland, über der Welt Grundfragen bei der Frage der deutschen Gegenrevolution des Westens und die Aufgaben der deutschen Arbeiterbewegung gestellt. Der Knechtschaft und Gesetzlosigkeit gegenüber ist das Volk im totalen faschistischen Staat. Im revolutionären Kampf die Knechtschaft durch das Recht der Freiheit, die Gesetzlosigkeit durch die Ordnung des Sozialismus zu überwinden, ist die Aufgabe der deutschen Arbeiterbewegung.

1. Die Bedingungen des revolutionären Kampfes. Im Kampf gegen die nationalsozialistische Diktatur gibt es kein Kompromiß, nur für Reformismus und Legalität

ohne Stärke. Die sozialdemokratische Taktik ist allein bestimmt durch das Ziel der Erhaltung der Staatsmacht, ihrer Festigung und Befestigung zur Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft. Die Taktik bedient sich zum Zweck der Diktatur aller dieser Zwecke überlassen Mittel.

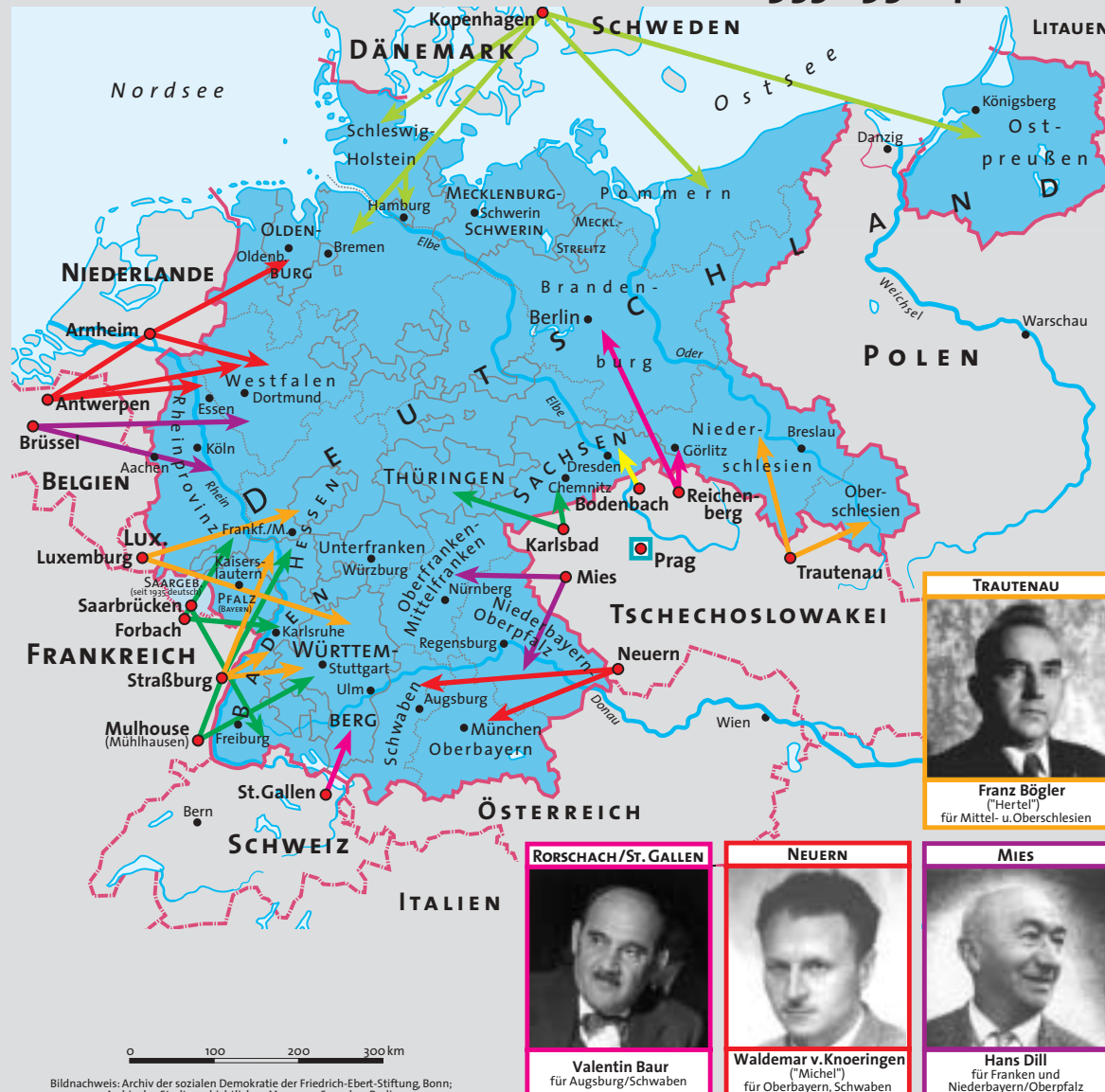
Der revolutionäre Kampf erfordert die revolutionäre Organisation. Die alte Form, der alte Apparat ist nicht mehr und Versuche zu seiner Wiedergeburt entsprechen nicht den neuen Kampfbedingungen. Neue Organisationsformen von revolutionären Kämpfern müssen entstehen in der Wahl dieser Formen sind wir nicht frei. Nicht liegt uns der Gegner durch die Übermacht seiner Mittel durch die Instabilität seiner Anwendung, nach legt uns der Zustand der deutschen Gesellschaft selbst, die unter dem stärksten Druck des ökonomischen, physischen und geistigen Terrors steht, das Gesetz des Handelns auf. Kleine Gruppen bilden sich, sie müssen in ihrer erkaufte Erfahrungen die Technik ihrer Arbeit erwerben eine Illusion von Revolutionen.

Wenn die Gegenpartei in unsere des

Grenzsekretär für Nordbayern war Hans Dill. Nach seiner Emigration Ende Juni 1933 hatte Dill seine Wohnung und Arbeitsstelle im knapp hinter der deutsch-tschechoslowakischen Grenze an der Eisenbahnstrecke Nürnberg-Prag gelegenen Mies eingerichtet. Waldemar von Knoeringen, der Grenzsekretär für Südbayern, nahm seine Arbeit zunächst von Österreich aus auf; ab Frühjahr 1934 (Unterdrückung der österreichischen Sozialdemokratie) befand sich das Grenzsekretariat für den südbayerischen Raum in Neuern (Nýrsko) an der niederbayerisch-tschechoslowakischen Grenze im Böhmerwald, später dann in Budweis. Und noch von einer dritten Grenzstelle aus wurde versucht, Verbindungen nach Bayern aufzubauen: Ab Anfang 1934 bemühte sich der im Juni 1933 auf Veranlassung des Augsburger Parteivorsitzenden Clemens Högg in die Schweiz geflohene Valentin Baur von Rorschach am Schweizer Ufer des Bodensees aus Kontakte in seine Heimatstadt und den bayerisch-schwäbischen Raum zu knüpfen. Baur sandte per Post Exemplare des „Neuen Vorwärts“ und andere illegale Literatur an ihm persönlich bekannte Genossen, er ließ diese verbotene Literatur in Eisenbahnwaggons versteckt nach Bayern schmuggeln und /oder von deutschen Postämtern aus zustellen.

Als Reklamebroschüre (Originalgröße) getarnte Fassung des „Prager Manifests“ der Sopade vom 30. Januar 1934: Auf S. 4 (siehe Pfeil) beginnt ohne typographischen Bruch der eigentliche Text.

Sozialdemokratische Grenzsekretariate 1933-1938/40



Bildnachweis: Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Archiv des Stadtgeschichtlichen Museums Spandau, Berlin



Hans Dill (1887–1973), Porzellanmaler aus Nürnberg; SPD-Parteisekretär in Nürnberg, 1919 SPD-Landessekretär, bis 1927 Redakteur „Münchener Post“, 1919–1923 MdL Bayern, 1927–1933 Bezirkssekretär Franken, 1930–1933 MdR; 1933 Flucht in die Tschechoslowakei, Sopade-Grenzsekretär; Ende 1938 nach Großbritannien, während des Krieges nach Kanada, Ende der 60er Jahre Rückkehr nach Bayern.



Clemens Högg (1880–1945), Metallarbeiter aus Augsburg; SPD- und Gewerkschaftsfunktionär, Kriegsdienst, 1919–1933 MdL Bayern, 1920–1933 Sekretär SPD-Unterbezirk Augsburg; 1933 Schutzhaft in den Konzentrationslagern Dachau und Oranienburg; August 1944 erneut verhaftet, Konzentrationslager Sachsenhausen und Bergen-Belsen, Tod im März 1945.



Valentin Baur (1891–1971), Schlosser aus Augsburg; SPD- und Gewerkschaftsfunktionär; Kriegsdienst, 1924–1933 Stadtrat in Augsburg, bis 1933 Betriebsratsvorsitzender MAN-Werke Augsburg; 1933 Schutzhaft, Juni 1933 Flucht ins Ausland, ab Anfang 1934 Leiter einer sozialdemokratischen Grenzstelle in Rorschach bzw. St. Gallen; während des Krieges in der Schweiz Haft und Internierung, nach Entlassung Zusammenarbeit mit Wilhelm Hoegner und anderen Emigranten in der Schweiz; 1945 Rückkehr nach Augsburg, 1946 Mitglied Bayerisches Vorparlament, 1946–1949 MdL Bayern, 1949–1961 MdB.

Sozialdemokratischer Widerstand in Nürnberg und Nordbayern

Durch den Zerfallsprozess und das Verbot von Partei und sozialdemokratischem Organisationswesen waren die lokalen Parteisektionen, die Gliederungen der Neben- und Unterorganisationen sowie die Gruppen des verbotenen bzw. gleichgeschalteten Arbeitervereinswesens zunächst ganz auf sich selbst zurückgeworfen. Eine besonders häufige Reaktion auf die neuen Umstände bestand in den meist unmittelbar folgenden Versuchen der aktivsten Mitglieder, sich nach der polizeilichen Auflösung ihrer Organisationen einfach weiterhin zu treffen und das gewohnte Vereins- und Organisationsleben, nur notdürftig getarnt, wie bisher zu pflegen. Aus solchen Kleingruppen, die sich vor allem im dichten Arbeitermilieu der Großstädte fanden, wuchsen die aktiv illegal arbeitenden Gruppen heraus.

So bildete in Regensburg eine Gruppe um den ehemaligen Landtagsabgeordneten Alfons Bayerer einen ersten Knotenpunkt des von Dill und dem nordbayerischen Grenzsekretariat ausgehenden Literaturverteilungsnetzes. Über ihn wurde illegale Literatur auch nach München und Südbayern weiterverteilt.

Kristallisationspunkt der ersten größeren Widerstandsorganisation in Nürnberg und Nordbayern war eine Gruppe aus dem ehemaligen Fürther Reichsbanner um den Posamentier Heinrich Stöhr und den Metalldrucker Konrad Grünbaum, die beide schon ab dem Sommer 1933 mit Hans Dill in Mies in Verbindung standen. Stöhr und Grünbaum gewannen zudem den späteren Landtagsabgeordneten Martin Loos aus Zirndorf als maßgeblichen Mitarbeiter. Mit Stöhr, Grünbaum und Loos bestand zu diesem Zeit-

punkt eine Art provisorischer Leitung für den Aufbau eines illegalen Verteilerapparats im Großraum Nürnberg Fürth. Wenig später stießen der Metallschleifer Fritz Gräßler, der Schriftsetzer Franz Haas und weitere Genossen aus dem Umfeld von SAJ, Reichsbanner und SPD zur Gruppe.

Anfang September 1933 fand in Schwarzenberg bei Nabburg/Oberpfalz eine Besprechung von Vertrauensleuten aus dem Oberpfälzer Raum statt, die inzwischen mit Stöhr und Dill in Verbindung standen. Ziel dieses Gesprächs waren die organisatorische Vereinheitlichung und Zentralisierung des bislang recht zufällig erfolgten Literaturtransports im Raum Oberpfalz bis nach Nürnberg. Außerdem wurden die Gruppen zu regelmäßiger Berichterstattung an das Grenzsekretariat angehalten.

In Würzburg konnte Konrad Grünbaum den Zimmermann und ehemaligen Vorsitzenden des SPD-Unterbezirks Würzburg, Theodor Drey, zur Mitarbeit gewinnen, der im Juli 1933 aus dem Konzentrationslager Dachau entlassen worden war. Enge Kontakte bestanden auch zu dem Schlosser und früheren Parteisekretär Josef Dennstädt in Bamberg, dem Redakteur Peter Zink in Erlangen, zu Emil Pörschmann in Ansbach sowie zu Vertrauensleuten in Weißenburg und Schweinfurt. In Straubing konnte eine Gruppe um den inzwischen verhafteten ehemaligen Landtagsabgeordneten Josef Laumer angeworben werden; auch in Landshut wurden lokale Vertrauenspersonen mit illegaler Literatur versorgt. Weitere Knotenpunkte in diesem von Hans Dill ausgehenden Literaturverteilungsnetz bildeten die oberpfälzischen Städte Weiden und Schwandorf.



Alfons Bayerer (1885–1940), Spengler aus Passau; SPD und Gewerkschaft, im Ersten Weltkrieg schwer kriegsbeschädigt, ab 1919 Bezirksparteisekretär Oberpfalz in Regensburg, 1923–1933 Mdl Bayern; 1933 Schutzhaft, Konzentrationslager Dachau, 1934 aktiv im Widerstand, erneute Verhaftung, wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ vier-einhalb Jahre Zuchthaus; 1939 krankheitshalber entlassen, Mai 1940 Tod.



Heinrich Stöhr (1904–1958), Posamentier aus Fürth; SAJ, SPD, Gewerkschaft; ab 1933 illegale Arbeit, führender Kopf in der sozialdemokratischen Untergrundorganisation Nordbayern, 1934 verhaftet, 1935 wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ fünfeinhalb Jahre Zuchthaus, anschließend Konzentrationslager Dachau, Pfleger in der Krankenabteilung, konnte laut vieler Zeugnisse von Mithäftlingen vor allem in der Endphase des KZ-Systems zahlreiche Menschenleben retten; 1945 befreit, wurde Stöhr Bezirksvorstandsmitglied und Kreisvorsitzender der SPD in Franken, 1946 Mitglied der VerfgLV und 1946–1958 Mdl.



Martin Loos (1904–1978), Metalldrücker aus Zirndorf; 1934 führend am Nürnberger Widerstandsnetz beteiligt; 1950–1970 Mdl.

NATIONALSOZIALISMUS, ZWEITER WELTKRIEG, NEUBEGINN



Fritz Gräßler (1904–1972), Metallarbeiter und Elektriker aus Fürth; SAJ, SPD; nach 1933 illegale Arbeit, 1934 Haft; 1945 Parteisekretär in Fürth, 1946 Stadtrat, Mitglied der VerfgLV, 1946–1970 MdL.



Josef Laumer (1887–1973), Säger aus Straubing; nach Kriegsdienst im Ersten Weltkrieg Gewerkschafts- und SPD-Vorsitzender sowie Stadtrat in Straubing, 1932–1933 MdL Bayern; 1933–1935 Konzentrationslager Dachau, erneute Verhaftung wegen des Bezugs illegaler Flugblätter, 1936 wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ vier Jahre Zuchthaus, 1940 entlassen und mit Aufenthaltsverbot für Bayern belegt, Bauarbeiter in Frankfurt; 1945 Leiter des Arbeitsamts und Zweiter Bürgermeister in Straubing, 1946 Mitglied VerfgLV, 1946–1954, 1956–1958 MdL.



Franz Haas (1904–1989), Schriftsetzer aus Nürnberg; Gewerkschaft, SAJ, 1925 SPD; 1933 illegale Arbeit, ab 1934 zwei Jahre Haft wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“, anschl. Konzentrationslager Dachau, 1940–1945 Soldat; 1946 Parteisekretär und Stadtrat in Nürnberg, Mitgl. VerfgLV, 1946–1957 MdL.



Peter Zink (geb. 1907); SAJ, SPD; 1933 Konzentrationslager Dachau, 1934 am nordbayerischen Widerstand beteiligt, ab 1946 Betriebsratsvorsitzender bei Siemens und Stadtrat in Erlangen, 1954–1974 MdL.



Josef Dennstädt (geb. 1891), Schlosser aus Gunzenhausen bzw. München; 1929 Stadtrat in Bamberg, Parteisekretär Bamberg, MdL 1933; 1934 am nordbayerischen Widerstandsnetz beteiligt.



Emil Pörschmann (1880–1949), Bauschreiner und Glaser aus Ansbach; 1904–1914 SPD-Vorsitzender Ansbach, 1911–1933 Mitglied Stadtrat bzw. Kreistag Unterfranken, 1928–1932 MdL Bayern; 1933 Schutzhaft, Konzentrationslager Dachau, Dezember 1933 aufgrund Krankheit entlassen, 1934 am nordbayerischen Widerstandsnetz beteiligt.

Nicht durch den gezielten Einsatz von Spitzeln (wie dies später meist geschah), sondern eher zufällig gelang der Polizei die Enttarnung der sozialdemokratischen Organisation in Nürnberg. Daraufhin setzte Ende April eine Verhaftungswelle ein, der bis August 1934 nahezu der gesamte vom Grenzsekretariat in Mies ausgehende Verteilungsapparat zum Opfer fiel. Mehr als 150 Personen wurden verhaftet, gegen 171 Personen wurde ein Ermittlungsverfahren eröffnet. In einem Mammutverfahren, aufgeteilt in sieben Prozessblöcke, wurden 45 dieser 171 Sozialdemokraten im Januar und Februar 1935 zu insgesamt mehr als 50 Jahren Zuchthaus und knapp 35 Jahren Gefängnis verurteilt.

Einen erneuten Versuch der organisierten Literaturverteilung jenseits der Grenze konnte Dill unternehmen, nachdem ihn ebenfalls im Juni 1934 der Porzellanmaler und ehemalige SPD-Bürgermeister Hermann Werner aus Schönwald im Kreis Rehau unweit der tschechoslowakischen Grenze aufgesucht hatte. Werner übernahm bzw. organisierte in der Folgezeit den Transport sozialdemokratischer Zeitungen und Broschüren über die Grenze; von Schönwald aus wurde das Material dann in einer Reihe von oberfränkischen Orten weiterverteilt. Verbindungen bestanden unter anderem nach Rehau, Hof, Bayreuth und bis nach Schwarzenbach/Saale; eingebunden war dabei auch der ehemalige Reichstagsabgeordnete Friedrich Puchta.

Dieses Verteilersystem hatte über ein Jahr Bestand; erst Ende Juli 1935 konnte die Politische Polizei – über den wirklichen Umfang des Verteilernetzes offensichtlich nicht vollständig informiert – einen gro-

ßen Teil der daran Beteiligten verhaften. Der Volksgerichtshof verurteilte Hermann Werner zu sechs Jahren Zuchthaus, gegen die Übrigen verhängte das Oberlandesgericht München im Dezember 1935 Strafen zwischen drei Monaten Gefängnis und vier-einhalb Jahren Zuchthaus.



Friedrich Puchta (1883–1945), Textilarbeiter aus Hof; 1903 SPD und Gewerkschaft, Redakteur, Kriegsdienst im Ersten Weltkrieg, anschließend USPD, 1922 SPD, 1920–1924 und 1928–1933 Mdr; 1933 Konzentrationslager Dachau, anschließend Zeitschriftenhändler, illegale Arbeit, 1935 verhaftet, wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zweieinhalb Jahre Gefängnis, August 1944 erneute Verhaftung, Konzentrationslager Dachau, nach Evakuierungsmarsch Mai 1945 Tod aufgrund der Haftfolgen.

Sozialdemokratischer Widerstand in München und Augsburg

Politischer Zusammenhalt
in schwieriger Zeit

Ähnlich wie in Nürnberg hatten sich auch in München mehr oder minder lockere Formen des politischen Zusammenhalts lediglich im Rahmen der Zugehörigkeit zu bestimmten ehemaligen sozialdemokratischen Organisationen und auf der Ebene persönlicher Bekanntschaften und Freundschaften aufrechterhalten lassen; wie in Franken kam es erst ab Spätsommer/Herbst 1933 zu einer tatsächlichen Gruppenbildung, als Verbindungen in die Tschechoslowakei zum Bezug der dort hergestellten Literatur bestanden.

Münchens
sozialdemokratische
Widerstandsgruppen

Im Unterschied zu Nürnberg und Nordbayern vollzog sich jedoch in München der Aufbau eines illegalen Apparats zur Verteilung sozialdemokratischer Literatur nicht von einem einzigen Widerstandskern aus: Ab Sommer 1933 bestanden in München vier Gruppen unterschiedlicher Herkunft, die alle einen gewissen Organisationsgrad aufwiesen. Jede dieser Gruppen verfügte über eine eigene Verbindung zur sozialdemokratischen Exilorganisation, erst allmählich konnten auch Querverbindungen zueinander aufgebaut werden.

Widerstand im
Münchener Westen

Im Münchener Westen hatte sich um den Schreiner Hans Fried, den Glasmaler und Zeichner Josef Linsenmeier und den Schneider Sepp Schober eine solche Gruppe gebildet. Alle drei waren ledige, langjährige Mitglieder der SAJ, Schober hatte dem Reichsbanner angehört, Fried und Linsenmeier waren bis zur NS-Machtübernahme die beiden letzten Vorsitzenden der Münchner „Kinderfreunde“ gewesen, der sozialdemokratischen Organisation zur Erziehung, Betreuung und Gemeinschaftsbildung von Arbeiterkindern.

Fried, Linsenmeier und Schober wurden über Regensburg mit illegalen Zeitungen und Broschüren aus dem Kontingent von Hans Dill bzw. Alfons Bayerer beliefert. Sie verteilten diese an ehemalige Genossen aus ihrem Umkreis weiter und versorgten „im Gegenzug“ via Regensburg Dill mit Berichten. Schober konnte sogar Kontakte nach Augsburg knüpfen und dorthin illegale Zeitungen liefern; in Augsburg bildete sich daraufhin um Eugen Nerdinger, Schriftsetzer und letzter SAJ-Unterbezirksleiter von Nordschwaben, und um den Eisendreher und ehemaligen SAJ-Funktionär Josef „Bebo“ Wager eine ähnlich strukturierte Gruppe. Sie bestand vor allem aus ehemaligen SAJ-Mitgliedern und wurde später zentraler Bestandteil der „Neu Beginnen“-Organisation in Südbayern.

Als es im Frühjahr 1934 zur Zerschlagung des sozialdemokratischen Literaturverteilungsapparates in Nordbayern kam, wurden auch Fried, Linsenmeier und Schober verhaftet und zu Gefängnis- und Zuchthausstrafen verurteilt; nach deren Verbüßung folgte für alle drei die Einlieferung in das Konzentrationslager Dachau. Den tatsächlichen Umfang ihrer Tätigkeit und vor allem die Verbindung nach Augsburg entdeckte die Gestapo jedoch erst im Jahr 1942.

Eine zweite Gruppe, die vor allem aus Reichspostbediensteten bestand, bildete sich im Münchener Osten um den ehemaligen Reichsbanner-Führer Karl Dörschuck und um Emil Holzapfel. Sie stand in unmittelbarer Verbindung zu Waldemar von Knoeringen in Österreich bzw. später in Neuern und arbeitete – unter strengster Geheimhaltung – bis in die zweite Hälfte der 30er Jahre hinein.

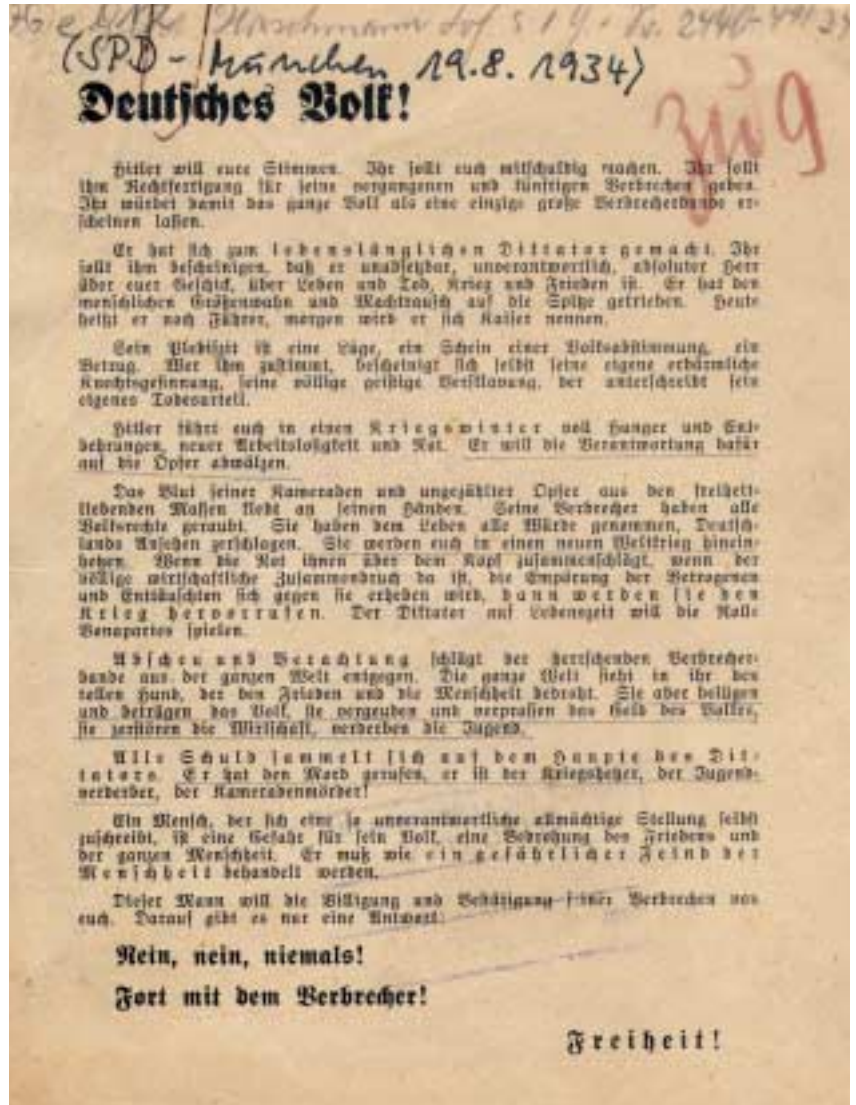


Hans Demeter
(1905–1993),
Angestellter aus
München; SAJ, SPD;
1933 im sozialistischen
Widerstand in München
aktiv, 1948 als Schwer-
kriegsbeschädigter
Rückkehr aus sowjetischer
Kriegsgefangenschaft,
Leiter der Münchner
Tierkörperverwertungs-
anstalt, 1950–1970 Mdl.



Christian Roith
(1905–1969), Schlosser
aus München; SPD,
Gewerkschaft, 1933 Mdl;
1933 Konzentrationslager
Dachau, anschließend an
illegaler Arbeit beteiligt;
1945 Stadtrat in
München, 1946 Mitglied
VerfLV, 1946–1950
Mdl.

Eine weitere Gruppe formierte sich in Ramersdorf um den Fräser Anton Aschauer, einen früheren führenden Funktionär der bayerischen KPD, der später in die SPD eingetreten war. Diese Gruppe verbreitete im Frühjahr 1933 zwei Flugblätter, an deren Herstellung auch der spätere langjährige Münchner SPD-Vorsitzende Hans Demeter beteiligt war, um den sich ebenfalls eine kleine Gruppe gebildet hatte. Auch der ehemalige und spätere Landtagsabgeordnete Christian Roith stand mit dieser dritten Gruppe in Verbindung. Die Ramersdorfer Gruppe wurde im Sommer 1934 aufgedeckt, die meisten ihrer Mitglieder verhaftet.



Flugzettel „Deutsches Volk!“ (mit handschriftlichen Anmerkungen der Gestapo)

Münchens vierte
Widerstandsgruppe
aus Haidhausen
und Neuaubing

Die vierte – und zahlenmäßig zweifellos bedeutendste – Gruppe in München hatte ihre regionalen Schwerpunkte in Haidhausen im Münchner Osten und in Neuaubing westlich von München. Auch sie konstituierte sich zunächst auf der Ebene lockeren persönlichen Zusammenhalts, und zwar von Mitgliedern des Reichsbanners im Osten Münchens und der Freien Turnerschaft Neuaubing. Im Herbst 1933 konnte sie durch den ehemaligen Neuaubinger Reichsbanner-Führer Josef Lampersberger, der wegen drohender Verhaftung aus München geflohen war, die Verbindung zum Grenzsekretariat in Eger herstellen.

Oppositioneller
Kreis ehemaliger
Reichsbanner-
Angehöriger

Wichtigster Verbindungsmann Lampersbergers wurde der Reichsbahnarbeiter Franz Faltner, bis 1933 Führer des so genannten Turner-Wehrzugs der Eisernen Front München-Ost. Faltner war die beherrschende Figur eines oppositionellen Kreises vor allem ehemaliger Reichsbanner-Angehöriger aus dem Münchner Osten, der den Zusammenhalt bewahrt hatte und stark von aktivistischen Tendenzen geprägt war. Unmittelbar nach der NS-Machtübernahme war Faltner im Konzentrationslager Dachau inhaftiert worden, hatte aber sofort nach der Haftentlassung seine alten Verbindungen wieder aufgenommen.

Ab dem Frühjahr 1934 stieg die Zahl der von Lampersberger gelieferten Schriften kontinuierlich an. Die Gruppe um Faltner betrieb mit dieser illegalen Literatur eine massive, unter konspirativen Gesichtspunkten recht unvorsichtige Agitation und konnte den Kreis der Beteiligten rasch ausdehnen. Selbst die Verhaftung von Fried, Linsenmeier und Schober und die Zerschlagung ihres Zirkels, zu dem die Gruppe um Faltner lose Verbindungen besessen hatte, führte

Mutig: Faltblätter im
Stadion, vor Geschäften
und per Post

zu keiner Änderung dieser Arbeitsweise. So streute die Gruppe am Ende eines gut besuchten Fußballspiels im Stadion an der Grünwalder Straße Faltblätter, legte sie zusammen mit Werbezetteln vor Geschäften aus oder ließ sie bekannten Münchner Persönlichkeiten per Post zukommen. Insbesondere anlässlich der Wahl und Volksabstimmung vom 19. August 1934 führten die Gruppe um Franz Faltner und andere sozialdemokratische Widerstandszirkel eine Reihe spektakulärer Aktionen durch (s. Seite 81).

Faltner konnte erst Ende April 1935 auf einer Fahrt nach Eger kurz vor der deutschen Grenze verhaftet werden. Zur gleichen Zeit wurde Josef Lampersberger, der sich mit ihm an der Grenze treffen wollte, von Polizeibeamten in Zivil vom tschechoslowakischen Teil des Grenzbahnhofs Eisenstein auf deutsches Gebiet verschleppt, verhaftet, nach München transportiert und dort mit brutalem Druck verhört. Nach energischen Protesten der Tschechoslowakei ließen ihn die deutschen Behörden Anfang Juni 1935 wieder frei. Faltners Organisation, die sich selbst „Rote Rebellen“ nannte, war inzwischen von der Polizei aufgedeckt, ihre Mitglieder größtenteils verhaftet worden. Im März 1937 wurde Faltner zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt; gegen 47 weitere Angehörige der Gruppe wurde ein Verfahren vor dem Oberlandesgericht München eröffnet. 31 Angeklagte standen im Juli 1936 vor Gericht; von ihnen wurden 18 zu Strafen zwischen einem Jahr Gefängnis und drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Wie üblich, folgte auf die Strafverbüßung zumeist Konzentrationslager-Haft. In seinen Berichten an die Sopade hatte Knoeringen die aktivistische und unvorsichtige Arbeitsweise der Gruppe Faltner-Lampersberger mehrfach scharf kritisiert.

Waldemar von Knoeringen und die „Revolutionären Sozialisten“

Der Sopade-Grenzsekretär für Südbayern, Waldemar von Knoeringen, war kurz nach seiner Emigration Frühjahr 1933 Mitglied der von Berlin ausgehenden Organisation „Neu Beginnen“ geworden. Dieser Zusammenschluss zeichnete sich durch eine realistische Analyse des Faschismus und einen legendären konspirativen Praxisanspruch aus und sticht unter den so genannten linken Zwischengruppen in Exil und Widerstand in der Tat besonders hervor. Die illegalen Gruppen in Südbayern und Österreich, zu denen Knoeringen nach dem Scheitern des sozialdemokratischen Massenwiderstandes 1934/35 Verbindung hielt, sind durchweg als „Neu Beginnen“-Gruppen zu verstehen. Es waren dies zunächst vor allem die Gruppe um Bebo Wager und Eugen Nerdinger in Augsburg sowie drei Gruppen in München.

Die erste dieser Gruppen war der bereits genannte Zirkel um den ehemaligen Reichsbanner-Führer Karl Dörschuck im Münchner Osten, den die Polizei nicht aufdecken konnte. Kristallisationspunkt der zweiten Gruppe war Gottlieb Branz. Branz war vor 1933 Sektionsführer der SPD-Sektion München-Obergiesing 1 und Bibliothekar des Gewerkschaftshauses in der Pestalozzistraße, nach seiner mehrmonatigen Haft im Konzentrationslager Dachau arbeitete er als Vertreter. Er verfügte über gute und zahlreiche Kontakte zu ehemaligen Parteimitgliedern, zu Genossen aus dem gewerkschaftlichen Umfeld der Partei und dem Arbeitervereinswesen, aber auch zu Vertretern bürgerlicher und monarchistischer Oppositionsgruppen. Im Sommer/Herbst 1934 nahm Branz briefliche Verbindung mit Knoeringen auf, besuchte ihn ab Frühjahr 1935 mehrmals in Neuern bzw. Budweis



Waldemar von Knoeringen (1906–1971), Verwaltungsangestellter aus Rosenheim; 1926 SPD, Leiter Arbeiterbildungskartell in Rosenheim, später leitender SAJ-Funktionär in München, Reichsbanner-Mitglied, exponierte sich als bekannter Parteiredner frühzeitig gegen den Nationalsozialismus; März 1933 Flucht nach Österreich, Februar 1934 in die Tschechoslowakei, Leiter des Grenzsekretariats Südbayern, zugleich maßgeblicher Auslandsfunktionär von „Neu Beginnen“, Unterstützung des innerdeutschen Widerstands, 1938 nach Paris, 1939 nach London; 1940 Internierung, anschließend Leiter des von britischen Stellen weitgehend unabhängigen antinationalsozialistischen „Senders der Europäischen Revolution“, ab 1943 Arbeit mit Kriegsgefangenen in Nordafrika und England, Hauptmitarbeiter des Elite-Umschulungslagers Wilton Park; 1946 Rückkehr nach München, Mitglied VerfgLV, 1946–1970 MdL, 1950–1958 SPD-Fraktionsvorsitzender im Bayerischen Landtag, 1949–1951 MdB, 1947–1963 Vorsitzender SPD-Landesverband Bayern, Gründer und langjähriger Leiter der Georg-von-Vollmar-Akademie in Kochel; gehörte zu den Reformern der Nachkriegs-SPD, als stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD (1958–1962) maßgeblich an Vorbereitung und Durchsetzung des Godesberger Programms von 1959 beteiligt.



Lotte Branz (1903–1987), Angestellte aus München; SAJ, SPD; nach 1933 mit ihrem Mann Gottlieb im Widerstand, enge Verbindung zu Waldemar von Knoeringen und „Neu Beginnen“, Kurierdienste über die tschechoslowakische Grenze; 1945 aktiv beim Wiederaufbau der Münchner SPD.



Hermann Frieb (1909–1943), Steuerberater aus München; 1932–1933 Vorsitzender Sozialistische Studentengruppe in München; 1933 illegale Arbeit, 1934 Verhaftung, als österreichischer Staatsbürger vorübergehend aus Bayern ausgewiesen, Fortführung des Volkswirtschaftsstudiums in Prag, 1935 von Waldemar von Knoeringen für „Neu Beginnen“ geworben, anschließend Rückkehr nach München, neben Bebo Wager führender Kopf der „Revolutionären Sozialisten“ in Südbayern und Österreich; bis Kriegsausbruch enge Verbindung zu Knoeringen, 1942 Verhaftung, 1943 wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zum Tod verurteilt und hingerichtet.



Bebo Wager (1905–1943), Elektrotechniker aus Augsburg; SAJ, SPD; ab 1933 illegale Arbeit, stand ab 1935 in enger Verbindung zu Waldemar von Knoeringen, neben Hermann Frieb führender Kopf der „Revolutionären Sozialisten“ in Südbayern und Österreich; 1942 Verhaftung, 1943 wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zum Tod verurteilt und hingerichtet.

und brachte jedes Mal in kleinen Mengen illegale Schriften nach München; engste Mitarbeiterin war seine Ehefrau Lotte. Anfang 1939 wurde Branz verhaftet und, weil ihm die Polizei wenig nachweisen konnte, unmittelbar nach Kriegsausbruch zu einer „nur“ siebenmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt. Danach jedoch war Branz bis Kriegsende im Konzentrationslager Buchenwald inhaftiert.

Größere Bedeutung und Ausdehnung gewann die dritte Münchner Gruppe, die sich zunächst im Wesentlichen aus ehemaligen Mitgliedern und Anhängern der SPD in München-Sendling rekrutierte. Kopf dieser Gruppe war der Volkswirtschaftler Hermann Frieb, der 1934–1935 in Wien und Prag studiert hatte und dort zu Waldemar von Knoeringen und „Neu Beginnen“ gestoßen war. Nach seiner Rückkehr im Herbst 1935 führte er in München eine Steuerberatungskanzlei. Entsprechend der Praxismaximen von „Neu Beginnen“ baute Frieb in der Folgezeit äußerst behutsam in und um München ein neues Kontakt- und Informationsnetz auf, das der Gestapo später, wie es scheint, keineswegs vollständig bekannt wurde. 1936 konnte Frieb durch die Vermittlung von Waldemar von Knoeringen die Verbindung zu Bebo Wager in Augsburg aufnehmen. Beide waren in den folgenden Jahren die maßgeblichen Köpfe der entstehenden „Neu Beginnen“-Organisation in Südbayern, die sich ab 1938 gezielt auch nach Österreich ausweitete.

Neben den „Neu Beginnen“-Gruppen in München und Augsburg bestanden in Bayern noch weitere Verbindungen und Einzelgruppen. Knoeringen selbst sprach später von 13 oder 14 Gruppen mit etwa 200 Mitgliedern, unter anderem in Nördlingen, Rosen-

heim, im Bayerischen Wald, in Landshut und Regensburg. Laut Knoeringen überwog dabei der Anteil der Arbeiter, es gab aber auch reine Intellektuellengruppen. Wie intensiv die Querverbindungen dieser Gruppen untereinander und vor allem zu den Hauptstützpunkten in Augsburg und München sowie später in Salzburg, Wörgl, Linz und Wien tatsächlich gewesen sind, lässt sich nicht mehr rekonstruieren. Auch der Gestapo wurden, als sie 1942 die nach dem „Anschluss“ Österreichs von Neu-Ulm bis Wien reichende Organisation aufdecken und zerschlagen konnte, nicht alle Quer- und Einzelverbindungen bekannt. Betrachtet man die Zerschlagung kommunistischer Widerstandsgruppen bis in die letzten Gliederungen in den ersten Jahren des NS-Regimes, so ist dies in der Tat bemerkenswert und spricht für ein Höchstmaß an konspirativer Umsicht und zugleich für eine entsprechende Verankerung in einem allerdings zunehmend formlosen sozialdemokratischen Milieu.

Knoeringen und die „Neu Beginnen“-Kader in Südbayern und Österreich, die sich selbst den Namen „Revolutionäre Sozialisten“ gegeben hatten, legten weiterhin besonderes Gewicht auf möglichst umfassende und vielseitige Information. Daher versuchten sie, das Nachrichtenmonopol des Regimes, das sie als die stärkste Waffe gegenüber der illegalen Bewegung betrachteten, durch „qualifizierte Berichterstattung“ zu unterlaufen. Die einzelnen „Stützpunktleiter“ bedienten sich dabei neuer fotografischer und chemischer Techniken, die in der Auslandsorganisation von „Neu Beginnen“ entwickelt worden waren. Auch mit funktechnischen Möglichkeiten zur Nachrichtenübermittlung an die „Neu-Beginnen“-Zentrale in Prag wurde experimentiert.

Mit Ausbruch des Krieges änderten sich allerdings sehr bald die alten Maximen. Wurde bisher in realistischer Einschätzung der Stabilität nationalsozialistischer Herrschaft die von „Neu Beginnen“ propagierte Taktik des „Abwartens“ strikt befolgt, so schien der Kriegsausbruch endlich den Untergang des Regimes einzuläuten. Diese Hoffnung wurde aber durch die deutschen Blitzkriegserfolge der ersten beiden Kriegsjahre immer wieder enttäuscht – umso mehr mussten das Stocken des deutschen Vormarsches vor Moskau und die ersten ernsthaften militärischen Schwierigkeiten der deutschen Armeeführung im Winter 1941/42 den „Neu Beginnern“ in Südbayern und Österreich als der Anfang vom Ende der NS-Herrschaft erscheinen.

Ab 1941 nahmen die Zusammenkünfte von Hermann Frieb und Bebo Wager mit den verschiedenen „Stützpunktleitern“ deutlich zu, es wurden Waffen übermittlelt und Schießübungen veranstaltet. Vor allem aber sollte die personelle Basis erweitert werden, um für den in Kürze erwarteten Moment des Zusammenbruchs über entsprechend zahlreiche revolutionäre Kader zu verfügen. Somit fand eine Rückkehr zu der traditionellen Form und Konzeption illegaler Arbeit statt, die in den Jahren nach 1933 als „unangemessen für die Verhältnisse unter der faschistischen Diktatur“ bekämpft worden war. Ironie des Schicksals: Unter den in Augsburg neu geworbenen Mitgliedern befand sich prompt ein Polizeispitzel.

Die Gestapo arbeitete in gewohnter Weise und wartete ab, bis sie glaubte, den beteiligten Personenkreis genau überblicken zu können, zumal es ihr auch in Salzburg gelungen war, Spitzel in die Gruppen einzu-

Enttäuschte Hoffnungen durch anfängliche NS-Kriegserfolge

Rückkehr zur traditionellen Konzeption illegaler Arbeit

Die Gestapo schlägt zu

schleusen. Ab Mitte April 1942 deckte sie die in München und Augsburg bestehenden Gruppen auf und verhaftete neben Hermann Frieb auch dessen Mutter Paula sowie Bebo Wager und weitere Beteiligte. Nach den ersten Vernehmungen konnte die Gestapo auch den ursprünglichen Organisationszusammenhang der Jahre 1933 bis 1935 überblicken und einen großen Teil der damals Beteiligten in Haft nehmen.

Hermann Frieb und seine Mutter Paula, Bebo Wager und die Mehrzahl der Mitglieder der „Revolutionären Sozialisten“ aus Österreich wurden vom Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof angeklagt, für die übrigen Beschuldigten, soweit sie aus dem südbayerischen Raum stammten, war das Oberlandesgericht München zuständig. Im Mai 1943 wurden Hermann Frieb und Bebo Wager zum Tode verurteilt und im August des Jahres hingerichtet, Paula Frieb erhielt zwölf Jahre Zuchthaus. Mit gleicher Härte ging die Justiz gegen die österreichischen Mitglieder der „Revolutionären Sozialisten“ vor: Acht Beschuldigte wurden zum Tod verurteilt und hingerichtet, die anderen Beteiligten zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Milder fielen nur die Urteile gegen die Angeklagten vor dem Oberlandesgericht München aus.

Durch ihre Persönlichkeit und ihre moralische Kompromisslosigkeit stellten Hermann Frieb und Bebo Wager außergewöhnliche Erscheinungen in der sozialdemokratisch geprägten Widerstandsbewegung dar. Zwar konnten auch sie die Rahmenbedingungen nicht außer Kraft setzen, die für den aktiven Widerstand der Arbeiterbewegung nach der Stabilisierung des NS-Regimes gegeben waren, aber ihre organisa-

torische Leistung ist dennoch erstaunlich. Dass es ihnen seit 1935, in Augsburg zum Teil sogar von 1933 an, gelang, einen illegalen Gruppenzusammenhang aufzubauen und ihn gegenüber einem übermächtigen und allumfassenden Überwachungsapparat über Jahre hinweg bis 1942 ohne wirklich substantielle Verluste an Verbindungen und Mitarbeitern aufrechtzuerhalten, ist sicher einzigartig; kaum eine andere Widerstandsgruppe mit Anspruch auf aktives politisches Handeln hat während des Dritten Reiches auch nur annähernd so lange existiert.

Doch dieser konspirative Erfolg, der mit der Notwendigkeit verbunden war, jahrelang unter illegalen Bedingungen überleben und eigenes politisches Sein und Bewusstsein nach außen sorgsam abschirmen zu müssen, hatte seinen Preis. Infolge des NS-Nachrichtenmonopols – das besonders seit Kriegsbeginn mit dem Wegfall der bislang bestehenden Verbindungen zu Knoeringen nahezu total war und auch durch das Abhören von Feindsendern kaum durchbrochen werden konnte –, vor allem aber aufgrund ihrer politischen Herkunft und ihrem felsenfesten Glauben an den Sieg der sozialistischen Revolution glitten die „Revolutionären Sozialisten“ mehr und mehr in ein selbst errichtetes Bewusstseinsghetto ab. Innerhalb dessen war im Bestreben nach der Bewahrung persönlich-politischer Identität die Selbstverständigung möglich, doch die Eckwerte dieses Ghettos wichen immer stärker vom realen Gang der historischen Entwicklung ab.

Zehn Todesurteile
durch den
Volksgerichtshof

Hermann Frieb und
Bebo Wager:
Männer mit Format

Hat die Arbeiterbewegung das „Tausendjährige Reich“ überlebt?

Die bislang beschriebenen Gruppen bilden nach traditionellem Verständnis den zentralen Strang des sozialdemokratischen Widerstandes gegen das nationalsozialistische Terrorregime. Tatsächlich aber stellen sie nur die Spitze eines Eisbergs dar. Denn im Umfeld der ehemaligen Parteiorganisation, unterhalb der Ebene politischer Aktionen, gab es viele kleine Gruppen, Zirkel und Gesinnungsgemeinschaften, die bezüglich Anspruch und Voraussetzungen unterschiedlich und hinsichtlich Umfang, Bestandsdauer und Intensität des Zusammenhalts verschiedenartig waren. Sie entstanden 1933 als Reaktion auf das Vorgehen des NS-Regimes gegen die Organisationen, Vereine und Verbände der Arbeiterschaft. Viele dieser Zirkel und Gesinnungsgemeinschaften wurden nicht polizeibekannt und somit auch nicht aktenkundig.

In diesem Zusammenhang sind zunächst die unzähligen Versuche zu sehen, der Auflösung und drohenden Gleichschaltung von Arbeitervereinen durch das Abtauchen in gleichartige bürgerliche Vereine oder durch Neugründungen mit ganz unpolitischer Bezeichnung zu entgehen. So trat die Freie Turnerschaft in Schwabing im Frühjahr 1933 nahezu geschlossen in den bürgerlichen Fußballklub DSC München ein, im Westend schlossen sich die Arbeiterfußballer dem BSC Sendling an, die übrigen Arbeitersportler dem Turn- und Sportverein München 1880. Im Münchner Osten fanden sich viele Angehörige der Arbeitergesangsvereine im „Zitherklub Almröserl“ wieder.

Manche dieser Gruppen und Zirkel gingen früher oder später zu tatsächlicher illegaler Arbeit über – vor allem solche aus SAJ oder Reichsbanner, die mit be-

wusst politischem Vorsatz einen organisierten Zusammenhalt aufrechtzuerhalten suchten, sich deswegen regelmäßig zu Diskussionen trafen und zum Teil bis in die zweite Hälfte der 30er Jahre hinein Bestand hatten.

Das Bedürfnis, die Kommunikation mit Gleichgesinnten beizubehalten – oder im Idealfall die Möglichkeit zu konspirativen Absprachen –, veranlasste auch viele aus Gefängnis und Konzentrationslager entlassene und/oder von Berufsverbot betroffene Sozialdemokraten in den 30er Jahren, Wandergewerbescheine und Hausiererzulassungsgenehmigungen zu beantragen oder als Handlungsreisende und Vertreter zu arbeiten – als Beispiel hierfür sei der ehemalige Landtags- und Reichstagsabgeordnete Fritz Soldmann genannt.

Formen des Überlebens sozialdemokratischer Gruppen und des Weiterwirkens sozialdemokratischer Vereinsfunktionäre und Verbandsvertreter finden sich auch in jenen Randbereichen der Arbeiterbewegung, die einst infolge sozialdemokratischer Initiative entstanden waren, sich selbst jedoch vielfach nur noch beschränkt als „sozialdemokratisch“ in einem parteipolitischen Sinn begriffen. Dies gilt etwa für das Konsumvereinswesen und die vielfältigen Selbsthilfevereine, Genossenschaften und Unterstützungskassen. Deren Zweck und Selbstverständnis als Einrichtungen zur Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiterbevölkerung hatten sich weitgehend professionalisiert und von den allgemeinen ideologisch-politischen Zielsetzungen der SPD gelöst. Je stärker die Verbands- und Vereinszwecke solcher Arbeiterorganisa-



Fritz Soldmann
(1878–1945),
Schuhmacher aus
Schweinfurt; Gewerk-
schaft, SPD, 1917 USPD,
1918 stellvertretender
Vorsitzender der Arbeiter-,
Bauern- und Soldatenräte
Bayerns, April 1919 in
München Volksbeauftragter
für Inneres, MdL; 1922 SPD,
bis 1933 Stadtrat in Schweinfurt,
1920–1924 und 1928–1932 MdR;
1933–1934 Konzentrationslager
Dachau, anschließend als
Tabakwarenvertreter illegale
Arbeit, 1936–1937 in Haft,
1939–1940 Konzentrationslager
Sachsenhausen, August 1944
Konzentrationslager Buchenwald,
Tod zwei Wochen nach
Befreiung des Lagers.



Franz Xaver Büchs (1889–1940), Maschinenschlosser aus Nürnberg; 1919 KPD, 1926 SPD, 1924–1932 MdL Bayern; 1933 mehrfach verhaftet, ab 1934 Tabakwarenhändler in Nürnberg, 1940 erneute Verhaftung, angeblich Selbstmord in der Gestapo-Zelle.



Lina Ammon (1889–1969), Bleistiftarbeiterin aus Nürnberg; SPD, 1920–1933 MdL Bayern; nach 1933 mehrfach verhaftet; 1946 Mitglied der VerfgLV.

tionen „unpolitisch“ geworden waren, umso leichter konnten ihre Mitglieder und Funktionäre in gleichgeschalteten und von den Nationalsozialisten vereinnahmten Parallel- und Nachfolgeorganisationen verbleiben oder sich dort neu aufnehmen lassen. Häufig wurde dies wohl auch gefördert, weil ehemalige Arbeitervereinsfunktionäre mit ihren Erfahrungen im Kassieren, bei der Gestaltung und der organisatorischen Abwicklung des Vereinswesens als willkommene Verstärkung des zum Zeitpunkt der NS-Machtübernahme knappen nationalsozialistischen Fachpersonals betrachtet wurden – sofern sie sich nur, zumindest nach außen hin, „gleichschalten“ ließen und „nationale Gesinnung“ zur Schau trugen. In diesem Zusammenhang ist auch die bedeutende, meist informelle Rolle zu sehen, die viele ehemalige freigewerkschaftliche Betriebsräte trotz der gewählten NS-Vertrauensräte innerhalb der Betriebe weiterhin einnahmen und die von den Betriebsleitungen weithin toleriert werden musste.

Schließlich sind auch jene Gruppen anzuführen, die es in Form von Tischgesellschaften und Stammtischen, mehr oder minder losen und zufälligen Diskussionszirkeln, Abhörgemeinschaften, Cliques und Freundeskreisen in „Arbeiterstädten“ und Industrieregionen offensichtlich in Hülle und Fülle gab und die sicherlich nur zum kleinsten Teil aktenkundig geworden oder als Erinnerung überliefert sind. Hierher gehören vor allem die von „ehemaligen“ Sozialdemokraten betriebenen Läden und Wirtschaften, deren alte sozialdemokratische Kundschaft sich dort weiterhin ein Stelldichein gab. Diese konnte sich hier wenigstens noch eine Zeit lang ohne Furcht vor Denunziation kritisch über das Regime und Einzelne seiner Reprä-

sentanten äußern oder über die Zeitläufte im Allgemeinen rasonieren und sich, falls „unsichere Kunden“ anwesend waren, mit einem Augenzwinkern darüber verständigen, dass es besser sei, über das Wetter anstatt über Politik zu reden. So betrieb etwa der ehemalige Nürnberger Landtagsabgeordnete Franz Xaver Büchs in der zweiten Hälfte der 30er Jahre in Nürnberg ein Zigarrengeschäft, das sich zu einem kleinen Zentrum oppositioneller Gesinnung entwickelte; zu seinem Kreis gehörte auch die bekannte Nürnberger Landtagsabgeordnete Lina Ammon. Ebenso zu nennen ist hier der frühere Landtagsabgeordnete Arthur Tübel, der in Naila eine „oppositionelle“ Gaststätte betrieb und dies mit mehrfacher Haft zu büßen hatte.

Ähnliche Formen eines lockeren Zusammenhalts dürfte es in den meisten Städten und Gemeinden gegeben haben, in denen während der Weimarer Zeit SPD-Ortsvereine und lokale Gruppen von Arbeitervereinen bestanden hatten. Die Polizei registrierte diese Organisationsstrukturen zwar aufmerksam, sah aber nur selten die Möglichkeit zum Einschreiten.

Diese Form sozialdemokratischer Milieubewahrung schwächte sich freilich schon ab, als aufgrund der Vollbeschäftigung und der zunehmenden Leistungs- und Arbeitszeitanforderungen für die vorher auch durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit geförderten Männerzusammenkünfte im heimischen Stadtviertel weniger Raum blieb. Noch stärkere Beeinträchtigungen brachten freilich die Auswirkungen des Krieges ab 1939 – Einberufung der wehrfähigen Männer und Arbeitskräfte- und Bevölkerungsverschiebungen – mit sich. Vielfach reduzierte sich nun die oppositio-

nelle Haltung nach wie vor bestehender Zirkel und Gesinnungsgemeinschaften auf den Meinungs- und Erinnerungsaustausch an Rentner- und Invalidenstammtischen. Unter den „tuk“ („unabkömmlich“) gestellten Facharbeitern sozialdemokratischer Herkunft in zahlreichen großen Rüstungsbetrieben scheint allerdings ein loser und ohne konspirative Absprachen bestehender Zusammenhalt auch während des Krieges durchaus weiter bestanden zu haben. In seinen unveröffentlichten Erinnerungen berichtet Martin Albert anschaulich von entsprechenden Strukturen in der Nürnberger Schraubenfabrik und Elektrowerke (NSF).

Im Gegensatz zu den aktiv handelnden und nach außen wirksamen illegalen Gruppen, die meist schon nach kurzer Zeit dem Zugriff der Polizei zum Opfer fielen, sollten sich langfristig genau solche Vereine, Stammtische und Gesinnungsgemeinschaften als die eigentlich tragenden Elemente des oppositionellen sozialdemokratischen Milieus und als Rückzugsräume für die geschlagene Arbeiterbewegung während des Dritten Reiches erweisen.

Die Substanz des Widerstandsverhaltens dieser Zirkel mit sozialdemokratischem Hintergrund bestand in dem vielfach mehr instinktiven als bewussten Bestreben, im weiteren Kontakt mit ehemaligen Gesinnungsgenossen an den erlernten politisch-moralischen Normen festzuhalten: Gewissermaßen passiv sollte der gewohnte, zum Teil über Generationen hinweg eingeübte Zusammenhalt trotz Zerstörung seiner organisatorischen Strukturen nach Möglichkeit bewahrt werden. Die vielfältigen Kommunikationsformen, die sich dabei innerhalb wie außerhalb der Be-

triebe bildeten, waren sehr oft ein wirksamer Ersatz für die verlorene Organisationsmöglichkeit und geradezu unentbehrlich für die Aufrechterhaltung eines oppositionellen Bewusstseins. Hier lagen die Wurzeln für die Immunität und Nichtverführbarkeit vieler Sozialdemokraten durch das NS-Regime. Die Betrachtung der aus den historischen Quellen rekonstruierbaren Versuche bayerischer Sozialdemokraten, das Dritte Reich „bewusstseinsmäßig zu überdauern“, zeigt eine bemerkenswerte Tragfähigkeit dieser Überlebensstrategien.

Die eigentlichen Siegelbewahrer sozialdemokratischer Tradition und Bewusstheit waren also die milieuspezifischen Zusammenhänge und nicht die vor allem in der Frühzeit des Dritten Reiches aktiven Widerstandsgruppen. Diese Aussage soll jedoch keineswegs die Opferbereitschaft, den Mut und die moralische Haltung der aktiven Illegalen schmälern, sondern lediglich deutlich machen, dass auch deren Leistung nur auf dem Fundament von formellem und informellem Zusammenhang von sozialdemokratischer Partei und Bewegung aufbauen konnte.

Arthur Tübel (1880–1957); 1904 SPD, 1917 USPD, 1922 SPD, Stadtrat in Naila, 1919–1924 und 1931–1932 Mdl Bayern; 1933–1934 Konzentrationslager Dachau, 1939 wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ sechs Monate Gefängnis, August 1944 erneut Konzentrationslager Dachau; 1945 kommissarischer Landrat, 1949–1950 Mdl, 1949–1957 Zweiter Bürgermeister in Naila.



Martin Albert (1909–1991); Schlosser aus Nürnberg; SAJ; 1933 im Widerstand, Anklage wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“, Gefängnishaft, Konzentrationslager Dachau; 1945 SPD-Ortsvorsitzender in Nürnberg, 1946–1958 Mdl, zeitweise Landes- und Fraktionssekretär, Vors. der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten Nürnberg.



Rückkehr und Wiederaufbau

Von Mitte 1933 an war die Sozialdemokratie im Deutschen Reich für zwölf Jahre gewaltsam unterdrückt. Ganz wesentliche Kapitel sozialdemokratischer Geschichte wurden daher in der Emigration geschrieben, in den (westlichen) Asylländern sowie in der Schweiz. Viele bayerische Sozialdemokraten, die dem Bayerischen Landtag vor 1933 angehört hatten und/oder ihm (auch) nach 1945 angehörten, mussten die Emigration wählen, um das „Tausendjährige Reich“ zu überleben. Sie lebten im Exil „mit dem Gesicht nach Deutschland“ und befassten sich vor allem während des Zweiten Weltkrieges intensiv mit Planungen für eine demokratische deutsche Nachkriegsordnung. Nach Kriegsende kehrten sie meist bei der ersten sich bietenden Gelegenheit in die zerstörte Heimat zurück, um beim Wiederaufbau und der demokratischen Neugestaltung Deutschlands ihre Erfahrungen aus den demokratisch verfassten Asylländern einzubringen. Auf den zweimaligen Bayerischen Ministerpräsidenten Wilhelm Hoegner wurde bereits verwiesen: Der „Vater der Bayerischen Verfassung“ kehrte als überzeugter Föderalist nach Bayern zurück und geriet deswegen mit seinen bis in die Anfangsjahre der Bundesrepublik Deutschland noch ganz überwiegend „reichisch“ gesinnten Genossen zeitweise in erhebliche Konflikte.

Besonders hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auch auf Waldemar von Knoeringen, den langjährigen bayerischen SPD-Landesvorsitzenden und Fraktionsvorsitzenden im Bayerischen Landtag. Knoeringen verbrachte die Kriegsjahre in London und beteiligte sich ab 1941 intensiv an den Diskussionen der „Londoner Union der deutschen sozialistischen Organisationen in Großbritannien“, dem Zusammen-

schluss der Sopade mit den linken Zwischengruppen im britischen Exil. Diese Union schuf wesentliche Voraussetzungen für die Bildung einer sozialdemokratischen Einheitspartei unter Ausschluss der Kommunisten und für eine programmatische Neuorientierung der deutschen Nachkriegssozialdemokratie auf ihrem Weg von der Klassen- zur Volkspartei. Daher ist es kein Zufall, dass Waldemar von Knoeringen in den 50er Jahren zu einem maßgeblichen Exponenten jenes Prozesses wurde, der 1957–1959 zur Erneuerung der deutschen Sozialdemokratie im Programm von Bad Godesberg führte.

Neubeginn 1946 – Bayerische SPD- Abgeordnete der ersten Stunde

Der Bayerischen Verfassungsgebenden Landesversammlung 1946 und/oder dem im gleichen Jahr gewählten ersten Bayerischen Landtag nach dem Krieg gehörten 68 sozialdemokratische Abgeordnete an. 20 dieser Abgeordneten hatten sich vor allem in den ersten Jahren des NS-Regimes aktiv am Widerstand beteiligt, einige von ihnen, wie Waldemar von Knoeringen, Heiner Stöhr, Fritz Gräßler und Josef Laumer, sogar an maßgeblicher Stelle. In „Schutzhaft“ genommen wurden 47, 23 kamen in Konzentrationslager, 8 wurden vom Oberlandesgericht München oder dem Volksgerichtshof wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu teils langjährigen Haftstrafen verurteilt. Fünf sozialdemokratische Abgeordnete des Bayerischen Landtages von 1946, nämlich Valentin Baur, Heinz Beck, Arno Behrisch, Wilhelm Hoegner und

Zwölf Jahre
Unterdrückung sind
endlich vorbei

Waldemar von Knoeringen, hatten nach Hitlers Machtergreifung ins Ausland fliehen müssen und nahmen von dort aus aktiv an der Unterstützung des innerdeutschen Widerstands bzw. am Kampf gegen die deutsche Besatzung teil. Nur für 13 SPD-Abgeordnete der ersten Stunde liegen keine Angaben über juristische oder staatspolizeiliche Verfolgung bzw. über eine Beteiligung am Widerstand vor. Dabei ist allerdings eine gewisse Dunkelziffer anzunehmen: Im restaurativen Klima der ersten Nachkriegsjahre war es nicht jedermanns Sache, sich in diesen Fragen möglicherweise öffentlichen Angriffen auszusetzen („Landesverräter“).

In den folgenden Legislaturperioden kamen noch viele Abgeordnete in die sozialdemokratische Landtagsfraktion, die ebenfalls Widerstand gegen das NS-Regime geleistet hatten, verfolgt worden waren bzw. emigrieren mussten. Neben den oben bereits Genannten seien hier noch Völkmar Gabert, Maria Günzl, Georg Hagen, Hannsheinz Bauer, Elisabeth Kaeser und Claus Pittroff besonders erwähnt.

Gesamtüberblick Bayerischer Landtag 1928–1958

Der folgende tabellarische Überblick über die 164 sozialdemokratischen Abgeordneten des Bayerischen Landtages zwischen 1928 und 1958 (ohne die Jahre 1933–1946) spricht für sich: Nicht weniger als 100 der 164 Mandatäre, also fast zwei Drittel, hatten sich aktiv am Widerstand gegen den Nationalsozialismus be-

teiligt, wurden verfolgt und/oder mussten emigrieren. Wie bereits erwähnt, ist bei den restlichen 64 Abgeordneten eine gewisse Dunkelziffer zu berücksichtigen, etwa wegen fehlender Angaben in den Landtagshandbüchern und in wissenschaftlichen Untersuchungen, wegen Veränderungen hinsichtlich der bayerischen Pfalz, deren Abgeordnete nach 1945 nicht mehr zu Bayern gehörten, oder auch wegen bestimmter Alterskategorien („zu alt“, „zu jung“).

Die Übersicht berücksichtigt auch keine Entlassungen, keine bloßen Berufsverbote nach dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums von April 1933 und keine sonstigen, sich lebensgeschichtlich negativ auswirkenden Maßnahmen des NS-Regimes. Eine Leerstelle in Spalte 3 („Widerstand, Verfolgung, Emigration“) besagt also nur, dass entsprechende Informationen seitens der Abgeordneten nicht gemacht wurden oder nicht vorliegen bzw. unter dem Aspekt Lebensalter gar nicht vorliegen können. Bei elf Abgeordneten, in deren Biografie trotz fehlender Angaben ein entsprechender Tatbestand zu vermuten ist, wurde ein Fragezeichen gesetzt.

Die vorliegenden Zahlen belegen eine stolze Tradition: Wiederaufbau und Neubeginn der bayerischen Sozialdemokratie nach der Katastrophe des „Tausendjährigen Reichs“ fanden nicht in der unpolitischen Atmosphäre einer so genannten „Stunde Null“ statt. Vielmehr konnte an die emanzipatorischen Erfahrungen der politischen und sozialen Kämpfe in Kaiserreich und Weimarer Republik angeknüpft werden – im Bewusstsein, einer totalitären Diktatur ungeachtet allen repressiven Drucks widerstanden zu haben.



Elisabeth Kaeser
(1882–1953)



Hannsheinz Bauer
(geb. 1909)



Claus Pittroff
(1896–1958)

NATIONALSOZIALISMUS, ZWEITER WELTKRIEG, NEUBEGINN

SPD- Landtags- abgeordnete	LT 1928–33	Widerstand Verfolgung Emigration	Verfg. LV, LT 1946–58
Friedrich Ackermann	x	?	
Franz Aenderl	x	x	
Martin Albert		x	x
Lina Ammon	x	x	x
Rosa Aschenbrenner	x	x	x
Erhard Auer	x	x	
Hanns Heinz Bauer		x	x
Anton Baur			x
Valentin Baur		x	x
Alfons Bayerer	x	x	
Heinz Beck		x	x
Arno Behrisch		x	x
Franz Beier		x	x
Georg Bezold		?	x
Ewald Bitom		x	x
Dionys Bittinger			x
Max Blumtritt	x		
Franz Bögler	x	x	
Franz Xaver Büchs	x	x	
Hans Demeter		x	x
Josef Dennstädt	x	x	
Georg Dewald	x	?	
Hans Dietl		x	x
Hans Dill	x	x	
Ewald Drechsel			x
Max Drechsel		x	x
Ferdinand Drechsler			x
Ludwig Dreifuß		x	x
Konrad Eberhard	x	?	
Christian Endemann	x	x	x
Fritz Endres	x	x	
Erwin Essl		x	x
Anton Falb			x
Franz Fendt			x
Lorenz Fichtner		x	x
Otto Fink			x
Karl Fischer	x	x	
Willy Fischer		x	x
Franz Förster			x
Heinrich Franke			x
Alfred Frenzel			x
Anton Fribl			x

SPD- Landtags- abgeordnete	LT 1928–33	Widerstand Verfolgung Emigration	Verfg. LV, LT 1946–58
Hans Friedrich			x
Volkmar Gabert		x	x
Josef Gareis			x
Hans Gasteiger	x	?	
Hans Gentner	x	x	x
Karl Giermann	x	?	
Hermann Götz			x
Fritz Gräßler		x	x
Georg Grosch		x	x
Maria Günzl		x	x
Ernst Gumerum			x
Franz Haas		x	x
Franz Hader		x	x
Georg Hagen	x	x	x
Lorenz Hagen		x	x
Herbert Hauffe			x
Matthäus Herrmann		x	x
Arnold Hille		?	x
Rosa Hillebrand		x	x
Martin Hirsch			x
Clemens Högg	x	x	
Hans Högn		x	x
Wilhelm Hoegner	x	x	x
Julius Hofer		x	x
Leopold Hofmann		x	x
Franz Josef Huber		x	x
Elisabeth Kaeser	x	x	x
Georg Kerner		x	x
Josef Kiene		x	x
Franz Klingler	x		
Waldemar Kluge			x
Waldemar von Knoeringen		x	x
Karl Köglsperger			x
Ernst Körner		x	x
Hans Kramer		x	x
Josef Kriegisch			x
Gertrud Krüger			x
Hans Kunath		x	x
Erhard Kupfer	x	x	
Walter Langebeck			x
Gerda Laufer			x
Josef Laumer	x	x	x

SPD- Landtags- abgeordnete	LT 1928–33	Widerstand Verfolgung Emigration	Verfg. LV, LT 1946–58
Jakob Leonhardt	x	x	
Robert Lindig		x	x
Martin Loos		x	x
Georg Martin Lowig			x
Adolf Ludwig	x	x	
Johann Maag			x
Rudolf Machnig			x
Karl Mader			x
Franz Marx		x	x
Ludwig Meyer		x	x
Christian Müller		x	x
Bernhard Muhr		x	x
Eva Narr			x
Richard Oechsle		x	x
Georg Oeckler			x
Franz Op den Orth		x	x
Hermann Ospald			x
Max Peschel	x		x
Andreas Piehler			x
Richard Piper		x	x
Claus Pittroff		x	x
Emil Pörschmann	x	x	
Michael Poeschke	x	x	
Anton Prandl		x	x
Otto Priller		x	x
Kurt Renk			x
Lorenz Riedmiller		x	x
Wenzel Rippel			x
Franz Röhl		x	x
Ludwig Roiger		x	x
Christian Roith	x	x	x
Albert Roßhaupter	x	x	x
Heinrich Rottenberger			x
Ludwig von Rudolph		x	x
Bernhard Sang	x		
Hans Sauer			x
Andreas Scherber		x	x
Gustav Schiefer		x	x
Friedl Schlichtinger			x
Rudolf Schlichtinger	x		
Peter Schöllhorn			x
Georg Schöpf		x	x

SPD- Landtags- abgeordnete	LT 1928–33	Widerstand Verfolgung Emigration	Verfg. LV, LT 1946–58
Georg Schütte		?	x
Christian Paul Schwartz	x		
Josef Sebald		x	x
Hans Seidel	x	?	
Franz Peter Seifert			x
Josef Seifried	x	x	x
Walter Seitz		x	x
Franz Sichler		x	x
Georg Sittig		x	x
Oskar Soldmann			x
Eduard Staudt		x	x
Julius Steeger	x		
Jean Stock		x	x
Heinrich Stöhr		x	x
Josef Strobl	x	x	x
Max Strohmayr			x
Willy Thieme			x
Johannes Timm	x	x	
Georg Tragesser	x		
Josef Tröger		x	x
Arthur Tübel	x	x	x
Josef Ungermann			x
Simon Vogl		?	x
Ernst Vogtherr		?	x
Ludwig Walch			x
August Wallner			x
Max Walther	x		
Josef Weber	x		
Karl Weishäupl			x
Franz Wilhelm		x	x
Thomas Wimmer		x	x
Anton Wittmann			x
Franz Wolf		x	x
Günter Wolff			x
Franz Zdralek		x	x
Siegfried Ziegler			x
Friedrich Zietsch			x
Wilhelm Zimmerer	x	x	x
Peter Zink		x	x